

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Bau des Südgürtels

GR. **Trummer** stellt namens der ÖVP, SPÖ und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Trummer**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es betrifft einen gemeinsamen Antrag von ÖVP, SPÖ und FPÖ zur dringlichen Behandlung und zwar betrifft es den Bau des Südgürtels und ich darf anmerken, ich habe vor genau 11 Jahren an dieser Stelle auch diesbezüglich einen dringlichen Antrag schon gestellt und eben auf Grund dieses jahrelangen Drängens des dringlichen Antrages und auch basierend auf den Ergebnissen des generellen Variantenvergleiches 1997 und als konkretes Ergebnis des „Faktenworkshops Südgürtel“ wurde im Jänner 1997 Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Heiner Hierzegger vom Amt für Stadtentwicklung und Stadterhaltung beauftragt, eine städtebauliche Analyse der Planungsvarianten durchzuführen. Ziel war, die möglichen Auswirkungen der vorliegenden Varianten auf das Siedlungsgefüge des betroffenen Stadtgebietes und der benachbarten Räume zu untersuchen und damit eine Bewertung der Trassenvarianten aus Sicht der Raumplanung unter Einbeziehung der Entwicklungspotentiale der Stadt zu ermöglichen.

So heißt es eben in einer Information der Stadtbaudirektion.

Am 12.5.1997 wurde das Ergebnis dieser Analyse in einer gemeinsamen Sitzung, zu der auch die Bezirksvertretungen von Liebenau und St. Peter eingeladen waren, dem Bau- und Raumordnungsausschuss sowie Verkehrsausschuss vorgestellt worden und alle anwesenden Fraktionen und Bezirksvertreter haben sich eben nach eingehender Diskussion für diese heutige Variante C3 – durchgehend abgedeckt – ausgesprochen.

Es hat dann auch am 26.6.1997 eine Vorinformation an die betroffenen Grundeigentümer gegeben. Es hat dann auch eine Bürgerinformationsveranstaltung in der Pfarre St. Paul stattgefunden und eben auch eine zusammenfassende

Darstellung des Planungsstandes wurde übermittelt und auch am 4.7.1997 hat sich der Stadtsenat einstimmig für eine Realisierung dieser Variante C3 ausgesprochen. Dies bedeutet im Einzelnen, wir wissen das, glaube ich, eh schon genau, das ist eben diese Variante C3 ist die Verbindungsstraße von der Murbrücke zum bestehenden dritten Südgürtel sozusagen in Unterflurbauweise abgedeckte Trogvariante, wie das so schön heißt.

In der Folge hat auch die Fachabteilung IIa des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung das Projekt an das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten geschickt und mit Schreiben vom 19.8.1997 teilte das Ministerium mit, dass „auf Grundlage der Ergebnisse der vorgelegten Projektunterlagen“ die dortigen Ausbauintentionen geteilt werden. Vor einer endgültigen Genehmigung des Projektes sind jedoch noch detailliertere Untersuchungen der Straßenlage sowie Umweltprüfungen hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit der Abdeckung der Trograsse und der Lärm- und Schadstoffauswirkungen durchzuführen.

Mit der Ausarbeitung der geforderten Untersuchungen wurden von der Fachabteilung IIa das Zivilingenieurbüro Dipl.-Ing. Rinderer, auch Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Heiner Hierzegger, Zivilingenieurbüro Dipl.-Ing. Gerd Sammer sowie auch Dipl.-Ing. Dr. Peter Sturm vom Institut für Verbrennungskraftmaschinen und Thermodynamik der Technischen Universität Graz beauftragt.

Am 19.12.1997, also vor zehn Jahren, erfolgte eine umfassende Information der Landesumweltschutzbehörde und am 16.12.1998 hat es wieder eine Besprechung der Umweltschutzbehörde gegeben und das, meine geschätzten Damen und Herren, war vor zehn Jahren und den vorangegangenen, also sprich vor 30 Jahren, da hat es eben diese 20-jährige Diskussion gegeben, 20 Jahre davor haben wir schon diskutiert über den Südgürtel und in den weiteren zehn Jahren von 1997 bis 2007 hat es Proteste gegeben, Sperren der Puntigamerbrücke, unzählige Anfragen, unzählige Anträge aller Fraktionen, Medienberichte, Bausperreverbote, Versprechungen, abermalige Demonstrationen auf der Puntigamerbrücke für den Bau des Südgürtels.

Schließlich aber wurde im Jahre 2006 im Rahmen der Erstellung des Budgets 2006 der Steiermärkischen Landesregierung ein mehrjähriges Investitionsprogramm zur Finanzierung dringend erforderlicher Großprojekte zwischen den Regierungsparteien

SPÖ und ÖVP vereinbart. Auch die Umweltverträglichkeitsprüfung wurde in Auftrag gegeben. Aber, geschätzte Damen und Herren, wiederum – so hört man und liest man – soll es bei der Finanzierung Schwierigkeiten geben und daher bin ich der Meinung, dass eben oder wir sind der Meinung, die Fraktionen der ÖVP, SPÖ und FPÖ, dass der Antrag sozusagen deshalb dringlich ist und dass die Dringlichkeit gegeben ist, denn sollte eben die Umweltverträglichkeitsprüfung, es steht da drinnen eben in diesem Antrag, bis Mai fertig sein, es gibt da eigentlich einen neuesten Stand der Dinge, wobei man uns gesagt hat, dass es möglicherweise bis Ende des Jahres dauern wird, aber dafür eine Umweltverträglichkeitsprüfung, die eben genauestens ausgearbeitet ist, damit es auch in diesem Bereich man das so sagen kann, kein zweites Spielberg gibt, weil eben bei der ersten Einwendung sozusagen das ganze Projekt fallen würde und das wäre schade. Also diese paar Monate, falls es länger dauern sollte, werden wir noch in Kauf nehmen, aber sollte das positiv ausfallen, was wir alle miteinander hoffen, müsste natürlich sofort mit der Feinplanung und den Grundstückseinlösungen begonnen werden und natürlich die entsprechenden finanziellen Mittel bereit gestellt werden.

Um aber jetzt diesen geplanten Baubeginn, an dem wir alle festhalten und festgehalten haben, 2008 bis 2009, nicht zu gefährden, stelle ich namens der ÖVP, sozialdemokratischen Partei und freiheitlichen Partei Österreichs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

um für die Grazer Bevölkerung den uns zugesagten Baubeginn 2008 bis 2009 zu sichern, wird vom Land Steiermark mit aller Vehemenz gefordert:

1. Der Verbleib der finanziellen Mittel in Höhe von 45 Millionen Euro wie in der Vereinbarung zwischen den Regierungsparteien der Steiermärkischen Landesregierung für Großprojekte also im Zuge dieses Sonderinvestitionsprogramms vereinbart, diese 45 Millionen sind sicherzustellen.
2. Die Finanzierung der restlichen 20 Millionen Euro durch das Land Steiermark, die aus heutiger Sicht zusätzlich für den Bau des Südgürtels erforderlich sind, ist ebenso möglichst rasch vom Land zu sichern.

3. Für die kontinuierliche Information, zumindest quartalsmäßig, der städtischen Entscheidungsträger beziehungsweise der Grazerinnen und Grazer über den jeweiligen Projektstatus inklusive UVP sind seitens des Landes entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

Ich bitte um breiteste Zustimmung, im Interesse der Liebenauer Bevölkerung (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz um 17.55 Uhr.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

2) Maßnahmen für ein sauberes Graz

GR. **Schönegger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schönegger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! In Graz sind im Jahr 2005 zirka 7.898 Tonnen Kehrmist von den, und das betone ich wirklich, hervorragenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wirtschaftsbetriebe eingesammelt worden. Im Jahr darauf, 2006, waren es bereits 10.237 Tonnen Kehrmist. Die weitere Entwicklung ist bei Anblick der Grazer Parkanlagen beziehungsweise der Grazer Plätze und Straßen nicht besonders vorhersehbar. Es türmen sich, insbesondere nach schönen Tagen, so wie wir sie jetzt, Gott sei Dank, haben, und nach lauen Nächten die Müllberge in den Parks, auf den Straßen und auf den Plätzen.

Leider scheint es bei manchen MitbürgerInnen en vogue zu sein, seinen Müll einfach an Ort und Stelle fallen zu lassen.

Der beinahe schon tägliche Tritt ins Glück ist ein weiteres städtisches Problem. Verantwortungslose HunderhalterInnen lassen ihre vierbeinigen BegleiterInnen beinahe an jeder Ecke dieser Stadt ihre Notdurft verrichten, jedoch ohne diese Notdurft im Anschluss einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen. Was folgt, das kennen wir alle, ist ein einziger Spießrutenlauf durch die Straßen, über die Plätze, über die Parkanlagen unserer schönen Stadt.

Auch die Verwahrlosung so mancher Grundstücke und Straßenzüge wird uns seitens engagierter Bürgerinnen und Bürger genauso immer wieder berichtet wie die ordnungswidrige Inanspruchnahme der öffentlichen Müllsammelstellen, eingerichtet für Altglas, Plastik und Metall, die als Sperrmülllagerungsstätten missbraucht werden. Daher haben wir als Grazer Volkspartei in Auseinandersetzung mit den uns bekannten Problemlagen und auch den internationalen Vergleich immer wieder suchend den nun vorliegenden Maßnahmenkatalog ausgearbeitet:

Punkt 1: Das ist die kostenlose Müll-Hotline. Vor allem die Verunreinigung von ganzen Straßenzügen, aber auch einzelner Grünflächen treibt manche Grazerin, manchen Grazern die Zornesröte ins Gesicht. Eine schnelle und unkomplizierte Behebung dieser vorgefundenen Missstände muss Ziel aller dafür Verantwortlichen in der Stadt sein.

Wir fordern daher die ehestmögliche Einrichtung einer kostenlosen Telefonhotline, wo Bürgerinnen und Bürger diese Mängel melden können, des weiteren sollte es über eine Mailadresse beziehungsweise über einen Link auf www.graz.at möglich sein, diese Mängel aufzuzeigen und um Behebung derselben zu ersuchen.

Punkt 2: Der uns bekannte Hundekot auf Gehwegen, Grünflächen, in Parkanlagen. Die zuständigen Stellen des Magistrates werden dringend ersucht, folgenden Vorschlag auf die rechtliche Umsetzbarkeit hin zu überprüfen:

Die ohnehin vereidigten und mit Organstrafkompetenzen ausgestatteten Überwacher der blauen Zonen sollen als aufmerksame Beobachter geschult und ausgebildet werden. Eine sanfte Intervention dieser Organe in Richtung Hundehalter soll zum selbstverständlichen Arbeitsablauf dieser Organe werden.

Darüber hinaus fordern wir, dass die noch zu schaffenden stadteigenen oder die noch zu schaffende stadteigene Stadtwache, Ordnungswache, wie auch immer das Kind dann heißt, auch folgende Kompetenz erhält: Diese vereidigten

Magistratsbediensteten sollen zur Überprüfung der Hundehalter ermächtigt werden, die Überprüfung, dass Hundehalter ihre Hunde an der Leine führen, dass Hunde auch mit Hundemarken erfasst sind und dass HundehalterInnen den von Ihren Haustieren verursachten Schmutz, Hundekot auch entsorgen, könnte somit von diesen noch zu schaffenden Organen problemlos übernommen werden. Die Möglichkeit des Ausstellens einer Strafverfügung, analog der Parkraumüberwachung, muss sinnvollerweise gegeben sein.

Nächster Punkt, es geht um die leichtfertige Verschmutzung von Gehwegen, Parkflächen, Grünanlagen etc. Dies wäre der zweite Fall der sanften Intervention dieser „Blauen-Zonen-Überwacher“. Hierbei geht es darum, Bürgerinnen und Bürgern, welche nicht in der Lage sind, ihren Abfall bis zum nächsten Mistkübel zu bringen, sondern diesen an Ort und Stelle zu entsorgen, zu einem anderen Handeln anzuhalten. Auch in diesen Fällen sollte es also den Organen der Stadt Graz, der Ordnungswache, der Stadtwache also, möglich sein, Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu einem anderen Handeln zu bewegen, also wiederum als ultima ratio gegebenenfalls auch eine Strafverfügung zu veranlassen.

Nächster Punkt: Bessere Beleuchtung und bei Bedarf Kameraüberwachung zentraler Müllsammelstellen. Vor allem von Seiten der Bezirksvertretungen wird laufend die missbräuchliche Verwendung von zentralen Altmetall-, Glas- und Plastiksammelstellen zum Zwecke von Sperrmüllentsorgung beanstandet. Daher fordern wir eine bessere Beleuchtung und eine zumindest zeitweise bei Bedarf Überwachung dieser Sammelstellen mit Kameras.

Nächster Punkt: Erlassung einer einheitlichen ortspolizeilichen Verordnung. Sämtliche in der Kompetenz der Stadt Graz liegenden ortspolizeilichen Vorschriften inklusive Strafbestimmungen, die der Sauberhaltung der Stadt dienen, sind in einer einheitlichen Verordnung zusammenzufassen. Gleichzeitig fordern wir eine begleitende PR-Tätigkeit zur gezielten Information der Bevölkerung, aber auch der Touristen. Ein kleiner Vergleich bezüglich der Höhe der Strafe und ein insgesamt Vergleich macht uns sicher, dass sie gerechtfertigt ist. Ich habe hier den Folder aus Barcelona, ich habe keine Kosten und Mühen gescheut und bin zur Vorbereitung dieses Antrages auf eigene Kosten nach Barcelona gefahren und habe mir das dort angeschaut. Dort gibt es so einen Folder, dort gibt es auch die dazugehörigen

Strafbestimmungen in sämtlichen wichtigen Sprachen, wo eben Touristen nach Barcelona reisen, wo alles genau beschrieben wird und auf eine sehr ordentliche Art und Weise das gemacht wird und nicht unsympathisch, um das auch einmal so zu sagen.

Die gemachten Vorschläge, und das ist jetzt wiederum sehr wichtig, dienen aus unserer Sicht in erster Linie der Steigerung des Problembewusstseins und sollen die in Graz zweifelsohne vorliegende Lebensqualität, die wir ja Gott sei Dank haben, auch für die Zukunft absichern. Die Tatsache, dass die Sauberkeit für viele Menschen neben der ausreichenden Beleuchtung ein wesentlicher Faktor des subjektiven Sicherheitsgefühls ist, macht uns sicher, dass die zum Teil restriktiven Maßnahmen, die wir vorschlagen, auch gerechtfertigt sind.

Bevor ich den formalen Antragstext verlese, möchte ich noch zwei Dinge anbringen. Erstens, noch einmal in Richtung Stadträtin Monogioudis, dass es keinerlei Kritik an der bestehenden Mannschaft ist, im Gegenteil, die leisten wirklich hervorragende Arbeit, das ist mir ganz wichtig, dass das gesagt wird. Es ist nur eine sinnvolle Ergänzung, die wir hier vorschlagen und um vielleicht auch diesen Menschen, die da tagtäglich arbeiten, mit diesen Problemen eine Hilfestellung zu geben. Das wollte ich noch sagen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die zuständigen Stellen des Magistrates beauftragt werden, im Sinne des Motivenberichtes die Umsetzbarkeit des vorgestellten Maßnahmenkatalogs zu überprüfen. Maßnahmen, welche die zu schaffende Stadtwache, Ordnungswache, keine Ahnung, wie das dann heißen wird, betreffen, sollen in die anstehenden Verhandlungen zur Errichtung derselben aufgenommen werden. Betreffend der restlichen im Motivenbericht beschriebenen Maßnahmen soll die schrittweise Umsetzung von den zuständigen Stellen des Magistrates in die Wege geleitet werden. Ich bitte wirklich alle Fraktionen, sich dieses Themas überparteilich und ohne Urheberrechtstreit, der kindisch ist, der die Menschen draußen nicht wirklich interessiert, es geht darum, den Grazerinnen und Grazern zu zeigen, dass wir wirklich was tun wollen in diesem Bereich, dass wir

diesem Antrag zustimmen alle gemeinsam abseits jeglicher, Klaus Eichberger, abseits jeglicher parteipolitischer, wahltaktischer Überlegungen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, ich danke dem ÖVP-Parteigeschäftsführer für den Aufruf zur Überparteilichkeit, ich werde mich dran halten. Wie ich zum ersten Mal von der Parteipressekonferenz, der fraktionellen, der ÖVP am Freitag vernahm, dachte ich mir, na ja auch nicht schlecht, wenn die Bürgermeister-Mehrheitspartei in dieser Stadt meint, es gäbe so viel Unsauberkeit und Schmutzigkeit in dieser Stadt, dann ist es ja auch ein Zeichen für ihre Form, wie sie in den letzten Jahren regiert hat oder ist das spurlos an ihr vorübergegangen oder kann sie das immer noch abschieben auf die Bevölkerung, auf die Bürgerinnen und Bürger, auf die zuständigen Stadtsenatsreferentin, oder auf wen auch immer? Wenn man mit dem Finger zeigt, zeigen immer mehrere Finger auf einen zurück. Und als ich dann noch einmal nachsah, haben wir vor drei Monaten, die SPÖ-Fraktion, uns des Themas angenommen in der Fragestunde, weil dort gehört es hin, der Kollege Getzinger hat das damals gestellt, ich habe mir gedacht, schön, die ÖVP kneist das auch nach drei Monaten und nimmt sich auch des Themas an. Nun habe ich dann erwartet, nachdem ja in Zeiten wie diesen, in Wahlkämpfen, die sich ankündigen, dann wird sicher ein dringlicher auch noch daherkommen und er kam auch. Und der Bernd Schönegger formulierte das so sauber, indem er die Anliegen, die er zum Thema Müll und Müll-Hotline und ortspolizeiliche Verordnungen gleich vermantscht und vermengt hat, mit der Ordnungswache, Stadtwache/Ordnungsamt, wie auch immer. Er hat sich einfach ver stolpert, wie man in der Fußballsprache spricht. Ich habe dann dem Herrn Bürgermeister gestern an seinem Geburtstag noch ein Angebot gemacht, tun wir vielleicht das trennen, wenn es möglich ist, nachdem ja die beiden Regierungsparteien am Montag zusammengesessen sind und sich geeinigt haben, dass zwei Chefverhandler, nämlich der Stadtrat Miedl und der Sicherheitssprecher unserer Fraktion, der Gemeinderat Klaus Eichberger, schlussverhandeln, nämlich die Ordnungswache. Und dass das Stück demnächst, nämlich in einem Monat in den Gemeinderat kommen wird, am 24. Mai. Die Antwort war vom Kollegen Schönegger, Parteigeschäftsführer, na ja, ich bin bereit, vielleicht einen Namen zu ändern, nämlich in Ordnungswache, aber mehr bin ich nicht bereit.

Vor einer Stunde bekam ich dann einen neuerlichen Anlauf des Kollegen Bernd Schönegger, der gemeint hat, indem er gehört hat, dass wir das ablehnen werden die Dringlichkeit, na ja, ich könne ja noch vielleicht wieder was ummodelln und vielleicht euch in den Antrag hineinnehmen.

Zwischenruf GR. Schönegger: Weil es mir ein Anliegen ist.

GR. **Herper:** Ich weiß, deine Überparteilichkeit schaut dir ja aus allen Augenwinkeln heraus. Wir sind der Ansicht, die Ordnungswache verhandeln wir endgültig zwischen unseren beiden Regierungsparteien fertig. Das Stück kommt mit allen Inhalten in den nächsten Gemeinderat am 24. Mai. Deswegen keine Dringlichkeit, deswegen Absage. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Uray-Frick:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es da schon um Mutterschaft und Vaterschaft und sonstige Schafften geht, dann erinnere ich mich noch an die vorherige Periode, wo der Gemeinderat Paulewicz, Proske, Endres von uns, wie sie alle geheißen haben, immer wieder das Ordnungsamt gefordert haben. Also uns ist das Anliegen, ohne dass man jetzt Graz schlecht machen will, in vielen Bereichen hier in Graz Ordnung zu schaffen, wobei, Gott sei Dank, Kollege Schönegger auch betont hat, dass es hier nicht darum geht, dass man straft, sondern es geht darum, wieder ein Bewusstsein zu wecken, dass das nicht normal ist, dass man, wo man geht und steht, alles wegschmeißt und dass man sich überhaupt nicht schert, wie man sozusagen sich verhält und was man den anderen hinterlässt. Der Vergleich mit Barcelona, der hat mir nicht so wirklich gefallen, der Folder kann nicht sehr wirksam gewesen sein, denn wenn man über die Ramblas geht, dann geht man schon am Dreck spazieren, wenn man aber in irgendeine der Seitengassen geht in Barcelona, dann ist das noch viel schlimmer und dann hält man sich am besten die Nase zu, obwohl ich Barcelona als

eine sehr schöne Stadt finde. Ich denke, wir werden der Dringlichkeit selbstverständlich die Zustimmung geben, weil wir einfach meinen, dass wir so nicht weiter zuschauen können, weil unsere Stadt in Gefahr ist zu verludern und aus diesem Grunde werden wir sehr gerne zustimmen.

StRin. **Monogioudis:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich habe auch schon bei verschiedenen Gelegenheiten auf bestimmte Entwicklungen hingewiesen, wie zunehmenden Vandalismus, und es ist klar, dass es in manchen Bereichen einfach, um bestimmte Probleme in diesem Ausmaß nicht entstehen zu lassen, mehr Kontrollen wird geben müssen. Nun haben wir jetzt vorher erfahren, dass an diesem Konzept für dieses Ordnungsamt oder wie immer das heißen wird, also ich muss ganz ehrlich sagen, die neuen Bezeichnungen, die da auftauchen, klingen eher immer unsympathischer, also Ordnungsamt wäre noch neutraler gewesen, aber bitte, das ist jetzt nicht das Thema. Gerade haben wir erfahren, dass daran gearbeitet wird und dass demnächst das in den Gemeinderat kommen soll. Das heißt, es wird ohnehin jetzt festgelegt, welche Aufgaben, welche Kompetenzen, welche eventuellen Kooperationen, also wie immer das aussehen wird, daran arbeitet man. Und ein dringlicher Antrag dazu erschiene uns wirklich zu dem Zeitpunkt nicht sinnvoll. Aber es gibt natürlich in dem Antrag auch noch ein paar Punkte, auf die man eingehen muss. Da ist einmal die sogenannte Müll-Hotline. Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass in den Wirtschaftsbetrieben rund um die Uhr beim Portier angerufen wird und dass die Themen, die da angesprochen werden, weil Sie es Müll-Hotline nennen, also man kann natürlich da auch Erwartungen wecken, die dann dort nicht unbedingt erfüllt werden können, wenn es um ganz andere Anliegen geht. Also ich darf Ihnen nur ein paar dieser gesammelten Themen sagen. Da geht es um defekte und fehlende Beleuchtungen, Wasser, wie zum Beispiel undichte Hydranten, Abwässer, beispielsweise verstopfte Regeneinläufer, Verschmutzungen auf Privatgrund, Verschmutzung auf Gehsteigen, Nichtentleerung von Müllbehältern der getrennten Sammlungen, wohlgemerkt, das sind die Privaten, die das entleeren oder nicht entleeren, Graffitibemalungen, angeblich nicht gereinigte WC-Anlagen etc, etc. Also das heißt, wie es in der Presseaussendung damals, jetzt habe ich es nicht wieder gefunden, in der

Presseaussendung formuliert war, eine Müll-Hotline, die bei den Wirtschaftsbetrieben angesiedelt wäre, würde insofern wenig Sinn machen, weil wenn schon, dann müsste man, und das kann man ja vielleicht auch im Zuge dieser Beratungen, die ohnehin jetzt dann in der nächsten Zeit anstehen, schauen, dass es eine zentrale Infrastrukturhotline gibt, die auch dann wirklich auch für andere Dinge entsprechende Zuständigkeiten erstens einmal weiß, weil daran fehlt es ja auch oft, dass sich die Leute selbst nicht ausreichend auskennen und dann zuordnen kann. Ein zweiter Punkt dazu, wenn wir jetzt, Herr Gemeinderat, Sie könnten vielleicht, nachdem Sie das beantragt haben, auch zuhören, wenn wir jetzt sagen, da soll dann sofort gereinigt werden, dann muss man auch dazusagen, sinnvoll ist so etwas nur, wenn das in die Abläufe eingebaut werden kann, weil ich weiß nicht, ob Sie dann bereit sind, wesentlich mehr für solche Dienste dann auszugeben, wenn dann soviel an zusätzlichem Aufwand entsteht, soviel zu dieser Hotline. Es sind aber in dem Motivenbericht noch ein paar Dinge, die ein bisschen korrigiert werden müssen. Zum Beispiel sagen Sie, ich habe den Antrag da, ich kann daraus zitieren: Die Rechtsgrundlage für entsprechend schärferes Vorgehen bietet heute schon unter anderem die in dieser Periode, nämlich die 2004 von Stadträtin Monogioudis, danke, dass Sie mich da nennen, aber es stimmt nicht ganz, überarbeitete ortspolizeiliche Gesundheitsschutzverordnung, das stimmt schon, nur, die Grundlage für Vorgehen im Bereich Grünraum, also Parks etc. wäre die Grünanlagenverordnung, bei der Gesundheitsschutzverordnung geht es darum, dass eingeschritten werden kann, wenn es zum Beispiel um Verschmutzungen, die gesundheitsgefährdend sind, wo sich Ungeziefer sammelt, nur das, was Sie gesagt haben, diese Berge nach den lauen Nächten, da tummeln sich keine Ratten sondern da geht es um ganz anderen Müll und da wäre die Grünanlagenverordnung zuständig und das wird überwacht, nicht wie Sie das sagen, vom Gesundheitsamt, Umweltamt und den Wirtschaftsbetrieben, sondern das ist beim Kollegen Rüschi angesiedelt. Ich will Ihnen nicht unterstellen, dass Sie deswegen das nicht genannt haben, weil Sie nicht ÖVP-zugeordnete Ressorts nennen, unterstelle ich Ihnen gar nicht, aber man muss es trotzdem klarstellen. Missverständlich ist auch, was Sie am Anfang da schreiben, weil ich würde das, wenn ich das so lese, so verstehen, diese 10.237 Tonnen, die sind eingekehrt, zusammengesammelt, so schreiben Sie, abgesehen davon, dass Kehrmist nicht ein Begriff ist, den es wirklich gibt. Sie schreiben ja da, die weitere Entwicklung ist bei den Grazer Parkanlagen vorstellbar, also das heißt, Sie können

nicht suggerieren, dass das herumliegt, sondern da ist Splitt dabei und es ist der Splittanteil eben gestiegen. Das sind Zahlen, die man genau wissen muss, sonst ist das missverständlich. Ich möchte betonen, dass von den Wirtschaftsbetrieben manche der von Ihnen vorgeschlagenen und angesprochenen Maßnahmen heuer schon in Angriff genommen wurden beziehungsweise in Angriff genommen werden. Zu den Maßnahmen, die noch heuer, und zwar jetzt im Frühjahr, in Angriff genommen werden, gehört auch die Umsetzung einer verbesserten Infrastruktur zur Entsorgung von Hundekot. Also da werden wesentlich mehr Dispenser aufgestellt, also in einem sehr viel höheren Ausmaß mehr, sodass die Leute wirklich die Möglichkeit haben, dann direkt bei den Müllkübeln das zu entleeren. Also das heißt, es gibt verschiedene Maßnahmen, die schon gesetzt werden und dann möchte ich noch dazu sagen, so wie es manchmal dargestellt wird, wird es zum Glück von den Leuten doch nicht empfunden. Wir bekommen auch sehr viele positive Rückmeldungen in Bezug auf die Sauberkeit der Stadt und die Wirtschaftsbetriebe haben im Vorjahr eine Befragung gemacht, wo man die verschiedenen Leistungen im Schulnotensystem benoten konnte. Und zum Thema Straßenreinigung wurde die Note 1,9 vergeben, das heißt, es ist noch nicht ganz sehr gut, aber auf jeden Fall besser als gut. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Binder:** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Im Sinne der Ausführungen der Frau Stadträtin Monogioudis stimmen wir der Dringlichkeit nicht zu.

GR. **Schönegger:** Sehr geehrte Frau Stadträtin! Ich repliziere gleich direkt, weil Sie die Letzte waren. Ich finde es wirklich schade, Sie haben sich sehr jetzt auch beschäftigt mit diesem Antrag, das freut mich auch. Mit diesem Antrag jetzt beschäftigt, habe ich gesagt, schade, dass Sie dann trotzdem nicht mitgehen können, weil da ja sehr viele sinnvolle Dinge drinnen sind. Zum Punkt, wo Sie das ein bisschen als lächerlich hingestellt haben, Kehrmist steht in Ihrem eigenen Bericht drinnen, der Wirtschaftsbetriebe, ich wollte es nur gesagt haben, auch für das

Protokoll vielleicht. Zur SPÖ, also das ist schon ein bisschen abenteuerlich der Slalom, der da hingelegt wird, und wie...

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Belaste den Gemeinderat nicht mit deinen Wahlkampfthemen.

GR. **Schöneegger**: Herr Vizebürgermeister, ich wollte gerade über Sie was sagen. Dass es just die Partei ist, die den Umweltreferenten stellt, die sich gegen so einen Antrag stellt, ist für mich wirklich nicht nachvollziehbar, es tut mir leid. Und es ist so was von kindisch, nur weil ein Antrag von einer anderen Fraktion kommt, da nicht mitzugehen, also für Sicherheit zu sorgen, dafür reicht es nicht, dass ich ein paar Inseerate schalte, ich sage es jetzt ganz offen, sondern da muss man ein bisschen mehr dafür tun. Eigentlich bin ich sprachlos, dass man irgendwo so kindisch sein muss, es tut mir leid, wir wollten mit diesem Antrag über alle Parteigrenzen hinweg, es ist uns leider nicht sonderlich gelungen, bei manchen verstehe ich es aus ideologischen Gründen vielleicht, weiß ich auch nicht, weil Law and Order ein schlimmes Wort ist, bei manchen verstehe ich es nicht ganz so, weil sie sich mit dem Thema ja immer wieder beschäftigen und bei der SPÖ verstehe ich es gar nicht, um es noch einmal zu sagen (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Aus für Hanfshops

GR. Univ.-Prof. Dr. **Hammer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Hammer**: Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Während einige Organisationen immer noch eine Legalisierung der sogenannten „weichen“ Droge Cannabis fordern, stehen derzeit eigentlich nur drei Dinge fest:

Erstens – Cannabis ist die Einstiegsdroge und der Konsum von Joints fördert nachgewiesener Maßen die Anfälligkeit für harte Drogen wie zum Beispiel Heroin. Forscher des „Karolinska Institute“ in Stockholm fanden im Vorjahr heraus, dass besonders bei jugendlichen Gehirnen das Cannabis das körpereigene Opioid-System verändert, was dazu führt, dass sie später stärker auf Heroin reagieren und die Dosis schneller steigern.

Zweitens – Cannabis gefährdet die körperliche und psychische Gesundheit. Auf der Homepage der „British Lung Foundation“ ist nachzulesen, dass Cannabisrauchen mehr als sechs Mal schädlicher für die Lungen ist als Tabakkonsum. Das Rauchen eines einzigen Joints ist genauso schädlich wie von 20 Zigaretten. Das im Cannabis enthaltene Teer weist 50 Prozent mehr Krebs erregende Stoffe auf als Tabak (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Cannabis schwächt das Immunsystem.

Untersuchungen an über 50.000 stellungspflichtigen Schweden haben gezeigt, dass die Verwendung von Cannabis mit einem höheren Risiko der späteren Entwicklung einer Schizophrenie, das ist die Persönlichkeitsspaltung, einhergeht. Bei jenen, die Cannabis mehr als 50-mal verwendet hatten, war das Risiko sogar um das Siebenfache erhöht.

Eine australische Arbeitsgruppe hat in einer Untersuchung an mehr als 1600 14- bis 15-Jährigen nachgewiesen, dass Cannabis-Konsum das Risiko der Entwicklung einer Depression oder einer Angstkrankheit im jungen Erwachsenenalter erhöht. Die regelmäßige Verwendung von Cannabis erhöht das Risiko bei Mädchen um beinahe das Sechsfache.

Drittens – Die Cannabispflanze unterliegt gemäß § 2 des Suchtmittelgesetzes den gleichen Beschränkungen wie Suchtgifte, deren Erwerb, Besitz beziehungsweise Erzeugung strafbar ist.

Unter der Erzeugung wird einerseits die Gewinnung, das ist die Trennung des Cannabisharzes von den Pflanzen, andererseits die Herstellung (Umwandlung in Marihuana) verstanden. Verboten ist allerdings auch der Anbau und die Aufzucht der Cannabispflanze, wenn es der Herstellung von Rauchwaren dienen soll.

Weil die in Hanfshops angebotenen Pflanzen als „Vorläuferstoffe“ nach § 4 des Suchtmittelgesetzes bezeichnet werden und gemäß § 17 dieses Gesetzes diese nach Maßgabe der Verordnung des Bundesministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales (jetzt Gesundheit, Familie und Jugend) erzeugt, erworben und in Verkehr gebracht werden dürfen – Personen, die mit der Erzeugung, Verarbeitung, dem Handel oder der Verteilung von Vorläuferstoffen befasst sind, unterliegen besonderen Verpflichtungen – bieten in Graz derzeit drei Hanfshopbetreiber Cannabis-Pflanzen zum Verkauf an. Diese Pflanzen enthalten zwar noch kein THC, den Hauptwirkstoff des Marihuanas, sehr wohl können sie aber durch die richtige Behandlung, das ist abhängig von der Beleuchtung, abhängig von der Belüftung, der Bewässerung Maßnahmen die in allen Shops erhältlich sind, so herangezüchtet werden, dass eine reichliche Ernte von THC durch die Pflanzen möglich ist. Darüber hinaus bieten die Shops ein reichhaltiges Angebot an Cannabis-Samen, an Dünger und Utensilien zum Rauschgiftgenuss an.

Wie unlängst bekannt wurde, wurde einem Grazer Hanfshopbetreiber nachgewiesen, dass er aus zahlreichen blühenden Hanfpflanzen zwischen 5 und 8 Kilo Marihuana erzeugt und diese weitergegeben hat. Die Polizei vermutet weiter, dass im Zeitraum zwischen 2003 und 2007 etwa 150.000 Stück Hanfpflanzen vom Betreiber gezogen und der Großteil davon zur Blüte gebracht wurde. Die hochpotenten und THC-reichen Pflanzen wurden dann laut Polizei an zahlreiche Kunden verkauft. Zwei davon zum Beispiel an einen verdeckten Ermittler der Polizei direkt im Hanf-Shop.

Weiters gibt es Hinweise, dass es im Shop Beratungen gab, durch welche Zuchtmethoden man die besten Marihuanaerträge erhält. Der Betreiber wurde

verhaftet, später wieder aus der U-Haft entlassen und betreibt nun den Hanf-Shop weiter.

Die Betreiber von Hanfläden beteuern, dass ihre Cannabis-Pflanzen lediglich als Zierpflanzen gedacht sind und keineswegs die Absicht bestehe, Marihuana zu erzeugen. Gerade deshalb frage ich mich, warum dann im „Web-Shop“ eines Grazer Hanfshop-Betreibers Wasserpfeifen angeboten werden oder auch Filter und Papier, wenn das Gras doch niemand raucht.

Das Problem vor dem unter anderem auch die Exekutive steht, ist jenes, dass Hanfshopbetreiber in den meisten Fällen „nur“ als Beitragstäter nach Delikten des Suchtmittelgesetzes bestraft werden.

Die Realität sieht freilich anders aus: In Hanfshops wird alles, was zur Erzeugung von Marihuana benötigt wird, zum Verkauf angeboten. Ich wiederhole es, Beleuchtung, Bewässerung, Samen, Dünger usw. Vor unseren Augen, vor den Augen der Gewerbebehörde und vermeintlich legal, können also Drogendealer seelenruhig in diese Shops marschieren, Cannabis erwerben, die Pflanze bis zur vollen Blüte züchten und danach das Marihuana an Jugendliche verkaufen.

Die Grazer Volkspartei wird hier nicht tatenlos zusehen. Es muss Schluss sein mit dem offensichtlichen Missbrauch von Hanfpflanzen. Eine Schließung dieser Shops würde einem Missbrauch mit den Hanfpflanzen, aber auch Delikten nach dem Suchtmittelgesetz vorbeugen. Vorgespräche hier in der heutigen Gemeinderatssitzung haben ja bereits indiziert, dass nicht alle hier im Saal diese Meinung teilen und dass auch viele von Ihnen die Dringlichkeit dieses Anliegens nicht einsehen wollen. Dazu muss ich Ihnen aber noch eine neue Information geben und Sie bitten, noch einmal zu überdenken, ob das nicht doch dringlich sein muss in Verantwortung für die Grazerinnen und Grazer. Und das ist, dass wie man hört, eines dieser Geschäfte jahrelang ohne Gewerbeberechtigung agiert hat und erst in den letzten Tagen um eine Gewerbeberechtigung angesucht hat und das Zweite ist, dass erst gestern in einem Shop in der Berschenygasse wieder 40 Mutterpflanzen und 500 Jungpflanzen von der Kriminalpolizei entdeckt wurden und in einem Grundstück in der Münzgrabenstraße 131 30 Mutterpflanzen und 600 Jungpflanzen entdeckt

wurden und die Kriminalpolizei ist gegenwärtig in Kontakt mit der Staatsanwaltschaft, um die weitere Vorgangsweise zu klären, das zeigt eindeutig, dass das kein einmaliges Ereignis war, das hat ein System, das ist dringlich, das ist erst gestern passiert. Ich hoffe und ersuche Sie daher, dass, auch wenn die Vorgespräche ergaben, dass ideologisch begründet nicht jeder mit dem Inhalt einhergeht, Sie sich der Verantwortung gegenüber den Grazerinnen und Grazern bewusst werden und sich hier im Gemeinderat einer fundierten, inhaltlichen Diskussion stellen und die Voraussetzung dafür ist, dass Sie zunächst einmal die Dringlichkeit unterstützen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Lieber Professore, lieber Heinz Hammer, werte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem ich nicht diese profunde medizinische Ausbildung wie du genießen konnte, habe ich mich natürlich entsprechend, wie es sich gehört, inhaltlich informieren lassen beziehungsweise Gespräche geführt mit Expertinnen und Experten. Also habe ich mich mit dem Suchtkoordinator der Stadt Graz, deswegen haben wir ihn ja, Ulf Zeder, in Verbindung gesetzt und mit ihm Gespräche geführt und auch eine Stellungnahme eingefordert. Klar ist, dass niemand für eine Legalisierung eintritt, aber für mehr Augenmaß. Niemand will jetzt mehr Hysterie, auch in Vorwahlzeiten nicht, sondern wir sollten jenen Menschen mit Problemen, auch mit Cannabis-Problemen, begegnen und die Schadensminimierung aktiv betreiben und wir sollten bei der Lösung von Problemen nicht immer mit der Repressionsmaschine kommen und danach schreien, es klingt zwar medial immer sehr gut, aber manchmal ist diese Lösung im Grunde genommen selbst das Problem, wie Karl Kraus einstmals schrieb. Ich habe mir herausgesucht, nachdem ich ja durch die Presseberichterstattung herausgefunden habe, dass ja der Spiritus Rector hinter deinem Antrag ja der Stadtrat Miedl ist, der sich ja auch zu Wort gemeldet hat diesbezüglich, wobei er meinte, das wissen ja schon alle. Werner Miedl hat als Abgeordneter zum Nationalrat am 5.5.2004 an seinen Koalitionspartner Justizminister Dr. Böhmdorfer auch eine entsprechende Anfrage gerichtet, wo er auch nach der Handhabe bei den Hanfshops gefragt hat. Justizminister Böhmdorfer hat ihm am 28. Juni 2004, ist auch elektronisch übermittelt worden, kann auch abgerufen werden, eine Antwort gegeben, die ihn erstens informiert, dass es ja

entsprechende gesetzliche Grundlagen gibt, nicht nur das SMG und die Suchtgiftverordnung, entsprechende Hinweise auch legislatischer Natur zur Aufklärung und zur Information, darauf hingewiesen hat nochmals, und da stimme ich ja überein mit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, dass ja auch eine vorgelagerte Pflanzenaufzucht durchaus strafrechtliche Relevanz hat. Und er hat natürlicherweise auch die Information bekommen, dass es ja auch schon rechtskräftige und in Deliktform und Beiträgetäterschaft Vorgangsweisen gegeben hat und Verurteilungen gegeben hat, die in diesem Zusammenhang stehen. Böhmdorfer hat ihn dann auch aufgeklärt, dass es ja in Österreich das Legalitätsprinzip gäbe und gibt und das auch existiert. Nach Strafprozessordnung § 34 Abs. 1 haben ja die Staatsanwälte bei Kenntnis von strafbaren Handlungen nicht nur bloß auf Verlangen des Verletzten oder des Beteiligten zu untersuchen, sondern von Amts wegen zu verfolgen. Auch diese Belehrung hat Werner Miedl erhalten. Darauf hingewiesen wurde, nachdem er ja dezidiert nachgefragt hat auf die Internetbewerbung dieser Hanfshops dieser 40 in Österreich, dass jene verwiesen haben, verständlicherweise und es auch immer tun müssen, dass ja Konsum von Hanf als Droge in Österreich strafbar ist und sich sonst einer strafbaren Handlung unterziehen würden, würden sie das nicht machen. Schlussfolgerung vom damaligen Justizminister Dr. Böhmdorfer, er sieht keinen weiteren, aus strafrechtlicher Sicht keine weiteren Veranlassungen, das ist die Schlussfolgerung zu deiner Anfrage, Werner Miedl und ich habe...

Zwischenruf StR. Miedl: Es muss jemanden geben, der das umsetzt.

GR. **Herper:** ...wie gesagt, den Ulf Zeder, ich kann das durchaus auch bei ihm verfolgen, ich will mich nicht in den Streit zwischen Experten einmischen, zwischen Suchtgiftkoordinator und Arzt und Ärzten und Fachexperten, manche meinen, man müsse da vorsichtiger sein, um eine Korrelierung herzustellen zwischen psychischen Erkrankungen und Cannabis-Einnahme etc. Tatsache ist, und das muss uns zu denken geben, deswegen nehmen wir das Anliegen sehr, sehr ernst, dass in den letzten Jahren eine starke Zunahme an Cannabis-Konsum gegeben hat, vor allem in

der Erstkonsumation, ob das nun relevant ist in psychiatrischer Erkrankungen ist nicht feststellbar, ist auch nicht zwingend logisch. Klar ist auch, dass es sehr frühe Einstiege gibt, gar keine Frage, in sehr frühem Alter, was ich natürlich auch auf bei hochfrequentem Konsum, wie das fachlich heißt, auch auf die Gehirnreife etc. auswirkt. In den letzten Jahren, so Ulf Zeder, ich zitiere ihn, hat sich der Konsum unter Jugendlichen vervielfacht. Cannabis wird ja bekanntlicherweise in der Medizin angewandt bei Schmerzen, Depressionen und zwar durchaus erfolgreich. Klar ist, dass es auch einen Zusammenhang gibt offensichtlich, der ist nachweisbar zwischen einsetzendem Cannabis-Konsum und geringem Bildungsniveau, Arbeitslosigkeit und unspezifischen Risikofaktoren, das Gleiche könnte man aber auch, keinen Deut besser, würde Alkohol abschneiden. Wenn es stimmt, was Ulf Zeder mir vermittelt, dass ein großer Anteil der Jugendlichen Cannabis-Erfahrungen hat, dann können wir trotzdem davon ausgehen, dass es trotzdem auch künftige ÄrztInnen, RechtsanwältInnen und PolitikerInnen geben wird. Was schlägt er vor, was tun in einer nicht repressiven Form, aber durchaus auch legislativ, durchaus gerechtfertigt: Den Nichteinstieg unterstützen, Wissen über Grenzen zwischen moderatem und riskantem Konsum den jungen Menschen nahe bringen, Konsumhäufigkeit und Menge bei Erfahrenen möglichst niedrig halten, die rechtlichen Folgen klarmachen, die Prävention nicht nur substanzspezifisch geschehen lassen und Aufklärungsmaterial glaubhaft und ansprechend gestalten. Und nun zur konkreten Situation der Hanfshops. Ulf Zeder, der Suchtkoordinator der Stadt Graz hält fest, dass die Hanfshops, und dafür ist ja auch...

Zwischenruf StR. Miedl: Es geht um politische Haltungen.

GR. **Herper:** ...noch besser kontrolliert werden als der Alkoholverkauf in vielen Supermärkten, wenn es einen Hanfshop gibt, der über die Stränge schlägt, dann ist das nicht tolerierbar, kann nicht toleriert werden und wird auch nicht toleriert...

Zwischenruf StR. Miedl: Wozu gibt es sonst einen Hanfshop?

GR. **Herper:** ...und kann auch nicht toleriert werden, dafür haben wir die Polizei, dafür haben wir auch die Staatsanwaltschaften usw.

Zwischenruf StR. Miedl: Was sagt die SPÖ dazu?

GR. **Herper:** Ich habe also die Amtsleiterin des zuständigen Amtes, Dr. Ingrid Bardeau, gefragt und sie hält fest: Ein Betrieb ist seit drei Wochen wegen Verhaftung des Betreibers geschlossen, eine Gerichtsverhandlung kommt noch. Ein Betrieb, nur damit das klar ist, wie genau kontrolliert wird, wie konsequent kontrolliert wird und das Ganze im Laufen ist, ein Betrieb hat die Gewerbeanmeldung am 10. 4. durchgeführt...

Zwischenruf StR. Miedl: Seit zehn Jahren sind die schon dort.

GR. **Herper:** Ich gehe von der Amtsleiterin aus und ich gehe nicht von Mutmaßungen und Andeutungen aus. Ein Betrieb hat sich sozusagen, die Unterlagen werden noch geprüft auch wegen der strafrechtlichen Relevanz und ob eine Untersagung möglich ist, weil Frau Dr. Bardeau sagt, eine Untersagung ist nur möglich, wenn es einen Einziehungsgrund gibt und der muss klar sein, der muss bei Gericht gemeldet sein und der muss auch vorliegen. Zwei Betriebe sind gewerberechtlich in Ordnung, werden aber trotzdem noch geprüft genauestens. Ein letzter Betrieb hat keine Gewerbeberechtigung, die entsprechenden Schritte sind eingeleitet worden und die

schon seit längerem und laufend. Laufende Überprüfung, laufende Kontrolle, laufende Schritte. Niemand kann der SPÖ vorwerfen, sie nimmt das Problem nicht ernst, sie will aber nicht Repression, sondern sie will Vorgehensweise mit Augenmaß, dafür gibt es ein zuständiges Amt, das die Kontrollen vornimmt. Frau Dr. Bardeau wird auch noch die Staatsanwaltschaft in Zukunft verstärkt einsetzen, um die nötigen Verfahren sich kundig zu machen. Also es besteht kein dringlicher Anlass, jetzt aus der Hüfte zu schießen und ich empfehle weniger Hysterie, ich empfehle mehr Augenmaß und vor allem eine nicht hysterische Diskussion...

Zwischenruf StR. Miedl: Neben einem Jugendzentrum wird Hanf verkauft, gratuliere.

GR. **Herper:** ...auch beim Alkohol, lieber Werner Miedl, wollen wir ja Altersgrenzen, Behandlungsangebote, Punktnüchternheit und eine ausgewogene nicht hysterische Diskussion und deswegen können wir nachdem die gesetzliche Lage durch das Justizministerium gewährleistet ist, nachdem das zuständige Amt laufend kontrolliert, nachdem die Polizei im Einsatz ist, nachdem die Staatsanwaltschaft eingeschaltet ist, sehen wir keinen Ansatz hier einer Dringlichkeit zuzustimmen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Ich möchte nur ganz dezent daran erinnern, dass wir jetzt zur Dringlichkeit sprechen und noch nicht zum Antrag. Also bitte bei der Dringlichkeit etwas kürzer.

GRin. **Jahn:** Sehr vieles hat Kollege Klubobmann Herper ohnehin jetzt schon in seiner Wortmeldung gesagt. Wir haben jetzt diesen Anlassfall, dass ein Hanfshop, der tatsächlich Handlungen, also Fehlverhalten, gesetzt hat und einfach strafrechtlich

relevante Handlungen gesetzt hat, das ist, glaube ich, von allen unumstritten, das ist auch im Laufen. Natürlich müssen sich Hanfshops wie alle andere Handelsbetriebe an bestehende Gesetze, und auch wenn es Übertretungen gibt, an die Gesetze halten beziehungsweise, wenn es Übertretungen gibt, natürlich muss das entsprechend geahndet werden. Wir sind aber der Meinung, dass die derzeitige Rechtslage, was diesen Fall betrifft, ausreichend ist, da gibt es das Suchtmittelgesetz, da gibt es das Strafrecht, da gibt es eine Gewerbeordnung, dafür gibt es zuständige Stellen, die sich mit der Kontrolle genau in diesen einzelnen Teilbereichen auseinandersetzen. Deswegen sehen wir keinen dringlichen Handlungsbedarf, wie er hier seitens der ÖVP vorgeschlagen wird. Natürlich, wie gesagt, wir kennen diesen Fall, es gab dieses Fehlverhalten, gleichzeitig ist uns schon wichtig, dass hier keine pauschale Verurteilung aller Hanfshops generell passiert, weil nur, weil wir in einem Hanfshop einen derartigen Fall vorfinden, heißt das noch lange nicht, dass andere Hanfshops sich genauso verhalten und genau die gleichen Mechanismen in diesen wirken. In dem Zusammenhang möchte ich auch aus dem schon vom Klubobmann Herper erwähnten Gutachten von Dr. Zeder zitieren, der zu dem Thema sagt: Billa muss auch nicht alle Filialen sperren, wenn einer das Jugendschutzgesetz gröblichst missachtet. Und das ist durchaus aus meiner Sicht ein treffliches Argument, mir ist schon klar, es gibt derzeit legale und illegale Drogen, Drogen sind es aber allemal, auch Nikotin und Alkohol, auch wenn ich mir anschau, wie viele Tote es jährlich in den einzelnen Teilbereichen auch gibt, ist dieser Vergleich aus meiner Sicht durchaus angebracht und gerechtfertigt. Prinzipiell, es gibt Hanfshops, in diesen kann man Hanfpflanzen kaufen. Wir haben derzeit eine Rechtslage, wo der Verkauf und der Erwerb von solchen Pflanzen geregelt ist und legal ist. Wir wehren uns gegen eine pauschale Verurteilung, dass jede/jeder, die sich eine derartige Pflanze kauft, automatisch nach Hause geht, dann den Riesenbetrieb aufbaut, sich die Hanfplantage im Wohnzimmer installiert und dann täglich sich vollkiff, wie auch immer. Wir teilen diese Einschätzung nicht, es gibt sehr wohl Menschen, die sich eine Hanfpflanze aus Zierdegründen hinstellen, was ich nicht nachvollziehen kann. Zum Beispiel, der Hanf wird auch im Textilbereich verwendet zur Papierherstellung, in der Medizin, wie auch Kollege Hammer wissen sollte, auch in der Bauindustrie, das heißt, der Hanf als Nutzpflanze ist in sehr, sehr vielen Lebensbereichen auch als solche anerkannt. Ich denke mir auch, die Wirtschaftskammer wird mir da durchaus zustimmen, liebe Kollegen von der ÖVP.

Grundsätzlich, aber das brauche ich Ihnen eh nicht sagen, ich tue es trotzdem, sind wir Grüne gegen den Weg einer weiteren Kriminalisierung von Hanf- und Cannabiskonsum, weil wir das grundlegend für falsch erachten. Gerade auch, weil es sich bei überhöhtem Marihuana-Konsum auch um ein Suchtverhalten handelt und das Menschen sind, die unsere Hilfe brauchen und die nicht in erster Linie dafür, dass sie süchtig sind, bestraft werden sollten. Deswegen unterstützen wir Systeme, wie es sie in den Niederlanden, in der Schweiz, in Frankreich, in Belgien, in Portugal, in Norwegen, in Italien, in Spanien und auch in Großbritannien gibt, nämlich das Prinzip der Schadensminimierung mit dem Ziel der Endkriminalisierung von CannabisbenutzerInnen. Ja, das wäre eigentlich alles, was es zu diesem Antrag sowohl zur Dringlichkeit als auch zum Inhalt zu sagen gibt.

GRin. Mag. **Uray-Frick**: Liebe Christina, ich schreibe es deinem jugendlichen Alter zu, aber soviel Ungereimtes, um nicht zu sagen Unsinn, habe ich schon lange nicht gehört (*Applaus ÖVP*). Wir werden der Dringlichkeit selbstverständlich die Zustimmung geben, es hat von unserer Seite sowohl von der Jugend als auch von unserer Spitzenkandidatin schon im vorigen Jahr ohne Hysterie, ohne Wahlkampf die Forderung nach einem Verbot der Hanfshops gegeben und wenn du, Christina, uns jetzt erzählen willst, dass in diesem Hanfshops die Bauindustrie einkauft und dass sich dort also die Textilindustrie ihre Materialien kauft, um dazu schöne Röcke zu weben, das glaubst ja selber nicht. Wir wissen alle genau, dass Cannabis eine der Einstiegsdrogen ist und wenn immer aufgerechnet wird mit dem Alkohol und so, wir sind durchaus dafür, dass man sich auch die Frage, wie man damit umgeht, wenn Jugendliche sozusagen Alkohol bekommen, über all diese Dinge können wir reden, aber wir können doch nicht so weiter tun, wie das jetzt in unserer Gesellschaft passiert, dass wir immer, wenn Maßnahmen zu setzen sind, dann schrecken wir uns und schauen, wie wir uns da herumlawieren können und die Jugendlichen lassen wir irgendwo auf der Strecke. Man darf heute nirgends mehr Maßnahmen setzen, sondern immer nur herumlawieren und das ist kein guter Weg für unsere Jugend. In diesem Sinne stimmen wir gerne zu (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Universitätsprofessor, lieber Heinz! Es ist natürlich ein ernstes Thema, das ist uns klar. Ganz kurz die Position der KP. Ich glaube, dass es bei diesem Antrag zu einer problematischen Vermischung kommt. Von Rauschmittelmissbrauch und dem Handel von nicht berauschenden Hanfprodukten sollte man wirklich ganz nüchtern trennen können. Wir glauben auch wie zwei meiner Vorredner, dass die gesetzlichen Bestimmungen durchaus ausreichen. Wer sich nicht an die Regeln hält, der muss die Konsequenzen tragen, das ist auch richtig so. Aber wir glauben nicht, dass das Fehlverhalten von einzelnen dazu führen darf, dass anderen Betreibern, die anständig arbeiten, das zu Schaden gereicht. In diesem Sinne können wir der Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus KPÖ*).

Dr. **Hammer**: Sehr geehrte Damen und Herren! Es wäre ja nicht so, dass man das nicht kommen gesehen hätten. Allerdings, wenn man sich so die Argumente anhört, und ich habe da eifrig mitgeschrieben, dann kommen da schon so einige Gedanken auf. Die Christina hat gesagt, aus Zierdegründen, ich meine, der Gefallen an dieser Pflanze, ja sie hat natürlich, ich verstehe es von der Farbe her, das speziell euch das gefällt, der Gefallen an dieser Pflanze steigt sicher auch, und er liegt im Auge des Betrachters, wenn man ein bisschen angekiff ist, dann schaut ja alles ein bisschen schöner aus. Es gibt den Hinweis, dass natürlich diese Pflanze auch sehr viele wirtschaftliche Vorteile hat. Du hast das alles angedeutet, diese Pflanze zum Beispiel gefällt mir besser (*GR. Dr. Hammer zeigt Fotos von Blumen*), diese Pflanze ist schön, die blüht so blau, Maxie Uray, danke für deine Kommentare, auch die hat wirtschaftlichen Vorteil, aber haben Sie schon, genauso wie es Hanfshops gibt, von einem Flachsshop gehört? Mir gefällt diese Pflanze gut, die auch schön ist und wirtschaftliche Vorteile hat, haben Sie schon von einem Sonnenblumenshop gehört? Warum mag denn das so sein, warum rentiert sich wirtschaftlich so ein Shop und warum rentieren sich wirtschaftlich solche Shops nicht (*Applaus ÖVP*)? Natürlich, wenn man so eine Pflanze verkauft, hat man eine große Verantwortung, das ist schon klar und natürlich wird der Verkäufer genau sagen, was man alles nicht tun darf mit dieser Pflanze. Der Verkäufer wird sagen, das dürfen Sie nicht mit diesem speziellen Düngemittel verwenden, dass ich da hinten im Regal habe und das dürfen Sie nicht mit dem Licht haben, das ich übrigens da hinten habe und wenn Sie das

dann geerntet haben von den weiblichen Pflanzen, nachdem sie geblüht haben, dürfen sie es nicht zum Blühen bringen, aber wenn sie es haben, dürfen sie nicht das in diesen Bogen reinstecken, den ich übrigens da oben habe. Warum gibt es eigentlich nicht einen Shop für diese Pflanze, die ist ja wunderbar, die ist so schön rot,...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das ist rosa.

Dr. **Hammer**: ...also die SPÖ beginnt sich, nachdem sie den Titel der sozialistischen Partei abgelegt hat, zur sozialdemokratischen, beginnt sich die SPÖ jetzt auch von ihrer Parteifarbe zu distanzieren, nein, aber Sie haben schon Recht, die Pflanze hat eine rote Hülle, deren Inhalt aber für die meisten Menschen sehr gefährlich ist, das ist der Mohn. Warum gibt es keine Mohnshops, die Pflanze ist schön, man kann die Kerne essen, die Kerne muss ich aus der Pflanze gewinnen, dazu brauche ich Geräte, ich brauche was, wo ich sie aufhebe, ich würde natürlich, wenn ich einen Mohnshop mache, auch genau sagen, was man alles nicht tun darf, dass man die Kapsel natürlich nicht anritzen darf. Worauf will ich hinaus?

Zwischenruf Mag. Dr. Riedler: Das ist die Frage, das fragen wir uns alle.

Dr. **Hammer**: Dieser Wirtschaftsliberalismus in Kinderschuhen, den ich da bei den Grünen entdeckte, dass man eben das so zulassen soll, auch ein Wirtschaftsliberalismus mit ein bisschen Augenzwinkern, ist ein Liberalismus ohne Verantwortungsgefühl und steht in starkem Kontrast zu dem, wie wir Liberalismus verstehen mit Herz, mit Anstand und Wirtschaftspolitik, mit Verantwortung für die Grazerinnen und Grazer (*Applaus ÖVP*). Es ist ja ein offenes Geheimnis, spricht ja

ohnedies jeder darüber auf der Straße, dass ihr, Christina, ja seit dem Beginn eurer politischen Tätigkeit ein Glaubwürdigkeitsproblem habt, in eurer Kernaussage des Umweltschutzes, wo ihr bei Pressekonferenzen über die schlimmen Industrien, die die Umwelt verschmutzen, geschimpft habt, genauso nehmen euch die Menschen diesen Wirtschaftsliberalismus natürlich nicht ab. Tatsache ist, Hanf ist gesundheitsgefährdend, Hanfshops haben, wenn man genauer hinschaut, und da muss ich dem Vizebürgermeister, der jetzt leider das für ihn sinkende Schiff verlassen hat, in die Pflicht nehmen als politisch Verantwortlichen für das Gewerbeamt, da muss man hinsehen, man darf sich nicht verhalten wie die, bitte verzeihen Sie mir und ich hoffe, ich kriege jetzt keinen Ordnungsruf, aber das ist so ein Zitat aus der Literatur mit den drei Affen, man darf sich Hanfshops nicht gegenüber verhalten wie diese in der Literatur und Kunst bekannten drei Affen, nichts sehen, nichts hören und nichts reden. Wenn du, Karl-Heinz, den Ulf Zeder, den ich schätze, zitiert hast, dann muss man das natürlich aus dem Standpunkt von Ulf Zeder sehen, der repariert. Wir wollen verhindern, dass es gar nicht dazu kommt, dass der Ulf Zeder mit seinen Maßnahmen reparieren muss (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Herper: Suchtgiftprävention ist aber schon Prävention.

Dr. Hammer: Zur Suchtgiftprävention gehören aber nicht die Klienten, die der Ulf Zeder vor allem sieht. Suchtgiftprävention beginnt dort, wo man das in-Verkehr-Bringen der Suchtgifte überhaupt erschwert. Ich bin ein bisschen enttäuscht und das soll jetzt der Abschluss sein, von der kommunistischen Partei. Ja ich weiß, ich habe sehr viele wundere Punkte angesprochen, ihr werdet froh sein, dass es vorbei ist. Aber, meine Liste wäre noch lang. Ich bin enttäuscht von der KPÖ und Frau Stadträtin Monogioudis, eine verantwortungsvolle Gesundheitsvorsorge wäre, sich diesem Problem zu stellen und nicht mit der links, noch linker und am linkensten Mehrheit im Gemeinderat die Grazerinnen und Grazer zu linken und sich einer Diskussion zu verweigern, das ist einfach keine verantwortungsvolle Gesundheitspolitik, zu der wir als Stadt Graz uns übrigens im Jahr 1992 mit der Unterzeichnung der

Gründungserklärung des Netzwerkes Gesunde Stadt bekannt haben. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 19.05 Uhr den Vorsitz.

4) Park-&-Ride-Platz Attendorf/Mitwirkung der Stadt Graz

GR. **Haas** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Haas**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Regio-next, wie mein Klubobmann schon gesagt hat, man muss auch über die Grenzen schauen, um etwas bewerkstelligen zu können. Dass es die allerbeste Lösung wäre, den PendlerInnenverkehr bereits jenseits der Stadtgrenzen durch Park-&-Ride-Plätze abzufangen, wird von allen Fachleuten bestätigt und ich hoffe, auch von diesem Gemeinderat.

Für den Grazer Westen könnte sich nun in dieser Hinsicht endlich eine realistische Chance auftun: In der Gemeinde Attendorf wird ernsthaft überlegt, einen Park-&-Ride-Platz zu errichten – eine entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplans für ein dafür vorgesehenes Areal ist bereits in Ausarbeitung. Die Vorteile eines solchen Projekts liegen auf der Hand: Das wäre eine wesentliche Entlastung für die Steinbergstraße, die derzeit täglich von rund 8000 Pkw frequentiert wird – und in weiterer Folge sind natürlich auch die positiven Auswirkungen speziell für meinen

Bezirk Eggenberg und Wetzelsdorf zu bedenken, in denen derzeit sehr viele EinpendlerInnen, die über die Steinbergstraße nach Graz kommen, ihre Fahrzeuge parken. Beispielsweise könnte auch der Parkdruck in den „grünen Zonen“, die ja in kürzester Zeit umgesetzt werden, in Eggenberg im Interesse der BezirksbewohnerInnen minimiert werden.

Voraussetzung, und darum geht es in diesem Antrag, für ein gut funktionierendes Park-&-Ride-Konzept in diesem Bereich ist natürlich die entsprechende Anbindung an den öffentlichen Verkehr – es bedarf einer attraktiven Linienführung mit direkten Anbindungen an Umsteigeknoten, da es als erwiesen gilt, dass oftmaliges Umsteigen die Attraktivität öffentlicher Verkehrsmittel sinken lässt. Für einen möglichen Park-&-Ride-Platz am Steinberg in der Gemeinde Attendorf hieße das: Entweder Anbindung an das GVB-Netz mit Linienführung zum künftigen Nahverkehrsknoten Don Bosco oder aber Verstärkung der Linienführung der GKE, der aufgrund bestehender Konzessionen die Linienführung über den Steinberg obliegt.

In diesem Sinne stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der zuständige Stadtsenatsreferent möge beauftragt werden, hinsichtlich dieses vorgesehenen Park-&-Ride-Platzes sowohl mit der Gemeinde Attendorf als auch mit den zuständigen Stellen des Landes sowie den Verkehrsunternehmen GKE und GVB in Kontakt zu treten, um eine solche Anbindung dieses Park-&-Ride-Platzes an das ÖV-Netz zu prüfen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Mayr** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Haas! Die Situation ist die, dass die Verkehrsplanung und natürlich auch mit ihr im Zusammenhang die Grazer Parkraummanagementgesellschaft permanent auf der Suche nach geeigneten Standorten für Park-&-Ride-Plätze ist und natürlich auch der Grazer Westen hier permanent untersucht wird. Und es ist einfach derzeit die Situation, dass für diesen Raum seit einiger Zeit bereits mögliche Standorte und die mögliche Anbindung mit dem ÖV geprüft werden. Die Anbindung mit dem ÖV ist

natürlich ein ganz besonderes Kriterium, die den Park-&-Rideplatz entweder attraktiv oder nicht attraktiv werden lassen würde. Das heißt aus unserer Sicht, aus der Sicht der ÖVP-Fraktion, ist dieser Antrag nicht dringlich, weil dieses Gebiet derzeit hinsichtlich Park & Ride in Bearbeitung ist (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Eichberger** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Grundsätzlich freut es mich, dass die Mehrheit in diesem Hause erkannt hat, dass hier doch ein gewisser Nachholbedarf im Westen, was die Errichtung eines Park-&-Ride-Parkplatzes betrifft, hier gegeben ist und auch diesem dringlichen Antrag unserer Fraktion die Zustimmung gegeben hat. Was mich veranlasst, hier ans Rednerpult zu treten, ist schon die etwas sonderbare Vorgangweise und die Aussage des Kollegen Mayr, der anscheinend bei weitem mehr weiß als ich, der ich immerhin im Aufsichtsrat der GPG sitze und wir dort erst vorige Woche eine entsprechende Aufsichtsratssitzung hatten und wider Erwarten kann ich mich beim besten Willen nicht erinnern, dass die GPG momentan an einem aktuellen Projekt hinsichtlich der Suche und Findung eines entsprechenden Park-&-Ride-Parkplatzes hier tätig ist (*Applaus SPÖ*). Meinen Informationen nach gab es richtigerweise voriges Jahr einmal mit der Stadtplanung, mit der Verkehrsplanung und dem Herrn Direktor Janezic einmal eine grundsätzliche Suche nach Möglichkeiten, aber dass hier bereits an, und ich zitiere Kollegen Mayr wörtlich, an zahlreichen Maßnahmen in diesem Zusammenhang im Grazer Westen gearbeitet ist, überrascht mich, freut mich und würde ihn schon bitten, nebst diesen nebulösen Ankündigungen, dass an vielen Projekten sehr aktiv gearbeitet wird, wenigstens ein bis zwei hier wirklich namentlich zu nennen, vielleicht ist mir etwas entfallen, habe ich etwas verschlafen, überhört, nicht mitbekommen, geschwänzt, nur es würde mich wirklich interessieren, an welchen konkreten Projekten hier seitens der Verkehrsplanung beziehungsweise der GPG gearbeitet wird. Danke (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf GR. Rajakovics: Hör zu Klaus, sonst weiß du nachher wieder nichts.

GR. **Mayr**: Lieber Kollege Eichberger! Zunächst einmal, ich habe nicht gesagt, dass hier konkrete Maßnahmen in Umsetzung sind, du hast mir nicht zugehört, was du machen solltest, genauso wie du wahrscheinlich den Direktor Janezic bei der Parkraummanagementgesellschaftsaufsichtsratssitzung hättest befragen können zu seinen Überlegungen, zu seinen Prüfüberlegungen und Prüfaktivitäten für den Grazer Westen.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Mayr**: Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, dass Möglichkeiten in dem Raum permanent geprüft werden schon seit längerer Zeit, wie du das selber gesagt hast, die bisher zu keinem Ergebnis geführt haben und auch, das Thema Attendorf derzeit kein relevantes Projekt zu sein scheint. Das heißt, die Aussage vom Kollegen Haas ist eher eine Luftblase, aber es wird...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Mayr**: Aber es ist so, aber die Parkraummanagementgesellschaft und die Verkehrsplanung überprüft die Möglichkeiten im Grazer Westen inklusive möglicher Standorte und ÖV-Anbindung. Bisher ist es zu keinem Ergebnis gekommen und wir sind natürlich dafür, dass diese Prüfung ihre Fortsetzung findet, aber inklusive aller

vorgeschlagenen Projekte ist derzeit noch nichts Relevantes vorhanden, was einer Realisierung zugeführt werden kann, auch nicht dieses Projekt. Aber wir sind gespannt auf mögliche Alternativen und wir freuen uns auf die Prüfung und stimmen dem Antrag in dem Sinn zu (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Thalia – Neu: Fertigstellung

GR. **Bergmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Bergmann**: Sehr geehrte Damen und Herren! die Thalia Neu ist in meinen Augen nicht mehr ganz neu, denn die Sache geht schon seit vielen Jahren vor sich. Bereits am 16. Februar 2005 wurde dem Gemeinderat ein Prüfbericht des Stadtrechnungshofs vorgelegt, der unter anderem zum Inhalt hatte „Klärung des aktuellen Umsetzungsstandes und Erhebung zur Frage, wodurch es zu Verzögerungen gekommen ist“. Am 11. April 2002 formulierte die Kleine Zeitung zum Thema Thalia Folgendes: „Wer den Bau jetzt in diesem Zustand sieht, muss doch die Alarmglocken schrillen hören!“ Das war im Jahr 2002, heute haben wir den April 2007 und ich kann den gleichen Satz wieder sagen, wer den Bau jetzt in diesem Zustand sieht, muss doch die Alarmglocken schrillen hören.

Der Bauträger selbst hat immer wieder betont, wie sehr er auf die Fertigstellung drängt, vor allem in Bezug auf einen Einnahmengang durch die Verzögerung des Projekts. Die jahrelangen anhaltenden Diskussionen über den Hotelaufbau wurden sozusagen über Umwege des EU-Wettbewerbsverfahrens im November 2005 beendet.

Nachdem es nun bei der Thalia-Neu um ein Projekt ohne Hotel geht, scheint der Bauträger kein großes Interesse an der Fertigstellung zu haben, auch wenn noch im

Oktober 2005 großmundig verkündet wurde, dass unter der 350-m²-Terrasse eine Shopping-Passage mit kleinen Boutiquen entstehen würde. Zumindest ist es eine Tatsache, dass bis dato große Teile ungenutzt der Verwahrlosung preisgegeben werden und dies direkt im Stadtzentrum von Graz neben unserer schönen Oper.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat möge die zuständigen Stellen der Stadt Graz auffordern, einen Bericht über die baulichen Maßnahmen zur Fertigstellung der Thalia und deren künftige Verwendung schnellstmöglich dem Gemeinderat vorzulegen (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler** zur Dringlichkeit: Meine Damen und Herren! Namens der Fraktionen von ÖVP und SPÖ darf ich zu diesem Dringlichkeitsantrag beziehungsweise auch zur Dringlichkeit selbst Folgendes festhalten: Das alte Objekt Thalia war als eingetragenes Superädivikat auf dem städtischen Grundstück in ausschließlicher Nutzung der Thalia Kommanditgesellschaft. Der jährliche Bestandszins betrug 6.200 Euro. Auf Grund der im Jahre 2001 geschlossenen Verträge wurde dieses Bestandsverhältnis einvernehmlich aufgelöst und der Thalia Errichtungsgesellschaft ein Baurecht zu einem jährlichen Bauzins von derzeit rund 40.500 Euro eingeräumt, wobei der Bauzins gestaffelt ist. Auf die Dauer des Baurechtes also bis zum Jahr 2047 befindet sich dieser Liegenschaftsteil in ausschließlicher Verfügung des Baurechtnehmers und die Stadt hat daher auf die Nutzung und Ausgestaltung auch auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom Dezember 2005, mit dem vergaberechtliche Probleme aus der Welt geschafft wurden, keine Einflussmöglichkeit. Erst nach diesem Zeitraum übernimmt die Stadt Graz dieses Objekt unentgeltlich in ihren Verfügungsbereich. Da das so ist, können auch städtische Ämter keine Auskunft geben über Entwicklungen im Bereich der Thalia und nachdem daher inhaltlich der Antrag nicht erfüllbar ist, kann auch die Dringlichkeit nicht gegeben sein. Daher lehnen wir die Dringlichkeit, und ich sage das noch einmal, namens ÖVP und SPÖ ab (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Bergmann**: Eigentlich eher kein Schlusswort als eine Frage an dich, Wolfgang. Wie lange wird das dauern, beziehungsweise hat die Stadt hier jetzt überhaupt keine Möglichkeiten mehr einzugreifen?

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Bis 2047.

GRin. **Bergmann**: Bis 2047? Das heißt, wir können uns dann irgendwie darauf einstellen, dass wir eine Ruine mitten in der Stadt bekommen werden?

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 19.30 Uhr den Vorsitz.

6) Sozialhilfegesetz

GRin. **Binder** stellt namens von KPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu Beginn meines Antrages mit vier Fallbeispielen untermauern, warum es wichtig ist, dass wir uns

dieser Frage stellen, wie Sozialhilfe heute vergeben wird und vor allem, wie das aussieht mit dem Regress. Erstes Beispiel: Immer wieder werden die Augen von Frau A. während meines Gesprächs mit ihr feucht: Sie schildert ihre drastischen Erfahrungen mit dem Landessozialamt beziehungsweise der Auslegung des Sozialhilfegesetzes. Zitat: „Als Kind bin ich von meinen Eltern misshandelt worden, Geborgenheit habe ich nicht kennengelernt, dann habe ich aus eigener Kraft heraus mir mein Berufsleben aufgebaut und musste vor 2 Jahren in Frühpension gehen, weil ich mit den Nerven fertig war, aber nicht wegen meiner Arbeit, sondern wegen eines Unrechts und der demütigenden, kaltschnäuzigen Behandlung durch eine Beamtin.“ (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Mir ist bewusst, dass keine Kameras mehr da sind und es wird auch nicht mehr unten übertragen, ich bitte trotzdem die Kolleginnen und Kollegen zumindest die Fallbeispiele, weil es da wirklich um konkrete Menschen geht und ihre Erfahrungen, entsprechend auch zu würdigen. Einen Kredit habe Frau A. aufnehmen müssen, um den Regress für die pflegebedürftige Mutter leisten zu können. Im Juni zahlt sie die letzte Rate zurück. Die vergangenen Jahre waren Jahre großer Entbehrenungen und seelischer Belastungen.

Frau W. ist Alleinerzieherin mit 4 Kindern (Hauptschule, Gymnasium, Maturant und ein Lehrling), bezieht keine Wohnbeihilfe, weil sie eine Eigentumswohnung besitzt und fällt auch um den Heizkostenzuschuss von 50 Euro um, der für sie eigentlich sehr wichtig wäre. Sie bezeichnet sich nicht als Sozialfall, schildert aber ihren täglichen Kampf, mit dem, was ihr zur Verfügung steht, über die Runden zu kommen. Ihr Resümee: „Viele Politiker haben eigentlich vom Leben mit mehreren Kindern, noch dazu als Alleinerzieherin, keine Ahnung, das Soziale wird oft als Schlagwort hergenommen.“

Frau M. würde, wenn sie noch einmal entscheiden müsste, den Schritt zum Sozialamt „aus Scham“ nicht noch einmal machen, sagt sie und hält das in einem Brief fest. Als Alleinerzieherin von 4 Kindern und Teilzeitbeschäftigte wurde sie mit der Tatsache konfrontiert, dass ihre Eltern, beide in Pension, ihre finanzielle Situation in einer kleinen Umlandgemeinde offenlegen mussten, damit Frau M. eine Unterstützung von 230 Euro durch das Sozialamt zugewiesen bekommt. Zitat: „Datenschutz hin oder her. In einer kleinen Gemeinde hält er nicht.“

In der Kleinen Zeitung vom 25.3.2007 wird der Fall eines Arbeiters mit bescheidenem Einkommen, zwei zu versorgenden Kindern und den entsprechenden Belastungen

durch den Bau eines Einfamilienhauses geschildert. Das Grundstück dafür wurde ihm von seiner Großmutter überlassen. Heute, Jahre danach, bedarf die Großmutter der umfassenden Pflege und der Enkelsohn wird zu einer monatlichen finanziellen Leistung von 483 Euro herangezogen.

Vier Schicksale von vielen, die eines deutlich aufzeigen: Das soziale Netz ist brüchig geworden.

Während die einen Vermögen anhäufen und steuerfrei vererben können, vererben die anderen ihre Armut.

Was diskret in der öffentlichen politischen Diskussion verschwiegen wird, sind die Faktoren, die zu immer größerer Armut führen, weil Armut kein, wie so oft behauptet wird, „Systemfehler“, sondern systemimmanent ist und täglich auch neu produziert wird.

Nicht die sogenannten Sachzwänge, auf die man sich auch immer versucht hinauszureden, Sachzwänge Globalisierung, Sachzwänge Europäisierung, Sachzwänge was weiß ich was alles, verhindern soziale Absicherung und ein Leben ohne Armut, sondern es sind die Produktionsverhältnisse, es ist eben das System Kapitalismus, in dem wir leben und diese Widersprüche, diese grundsätzlichen Interessenswidersprüche sind es, die täglich neu und neue Armut produzieren.

Wir Grüne setzen uns daher seit vielen Jahren für eine bedarfsorientierte Grundsicherung als einen ersten wichtigen Schritt zur Armutsbekämpfung ein und jetzt durch die neue Regierung können wir auch einigermaßen optimistisch sein, würde ich sagen, dass vielleicht in diese Richtung tatsächlich etwas weitergeht. Wobei die bedarfsorientierte Grundsicherung ein erster notwendiger Schritt zu weiteren notwendigen Schritten sein wird.

Die Inanspruchnahme von sozialen Leistungen ist mit vielen Hürden verbunden. Vor allem die psychische Belastung, die Scham, es nicht wie die Erfolgreichen geschafft zu haben und nun der öffentlichen Hand zur Last zu fallen, ist für viele bedrückend, krank machend und wird als persönliches Versagen und Schande empfunden.

Solidarität als gesellschaftlicher Wert, Grundlage des Zusammenhalts jeder stabilen Gesellschaft, wird mehr und mehr der Ideologie des Individualismus geopfert und

auch sogenannter Sachzwänge, die ich vorher genannt habe, die scheinbar, aber nur scheinbar keine Alternativen zur Vereinzelung des Menschen zulassen. Solidarität wird im Gegenteil mehr und mehr auf die Ebene der Familie und der Verwandtschaft reduziert. Jeder ist seines Glückes Schmied. Bedürftigkeit wird zur individuellen Schuld. Die sozial ausgleichende Funktion des Staates ist hochinflationär.

Die Zahl der Hilfesuchenden in der Sozialhilfe steigt österreichweit, in der Steiermark um 19,8% (2004), neuere Zahlen sind mir nicht zugänglich gewesen. Der Anteil an Sozialleistungen am Gesamthaushaltseinkommen ist in der Steiermark mit 13% überdurchschnittlich hoch. Für zirka 9% der Haushalte in der Steiermark bilden Sozialleistungen die Haupteinkommensquelle.

Die Trends sind klar: Es trifft mehr Frauen als Männer, ein Drittel der Betroffenen sind Kinder. Die Gründe sind vielschichtig: Prekäre Jobs, Migrationshintergrund, Mehrpersonenhaushalte, steigende Wohnungs- und Energiekosten, niedriges Bildungsniveau, Alter, Krankheit. Und ich füge noch einen anderen Aspekt hinzu: der Regress als neue Armutsfalle.

Wir Grüne suchen Wege, die aus der Armut führen. Die bedarfsorientierte Grundsicherung ist ein notwendiger Schritt in eine richtige Richtung.

Eine klar definierte Rechtssicherheit ist ein anderer wichtiger Schritt, der Ausstieg aus dem Regress aber das erste solidarische Bekenntnis zu mehr Gerechtigkeit.

Daher stelle ich im Namen der KPÖ und der Grünen – ALG den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat tritt in einer Petition an die Landesregierung heran, eine Regierungsvorlage zur Abschaffung des Regresses der Sozialhilfe dem Landtag unverzüglich vorzulegen.

GRin. Mag. Dr. **Sprachmann** zur Dringlichkeit: Liebe Sigi! Die SPÖ nimmt die Sorgen, die Nöte von den Menschen, von den BürgerInnen sehr stark wahr. Wir nehmen die Armut sehr stark wahr, aber es ist, glaube ich, an dem Denken oder an

der Information der Grünen und an dir etwas vorbeigelaufen. Es laufen auf Bundesebene die stärksten Bemühungen, ein einheitliches Sozialhilfegesetz zu schaffen, bereits im vorigen Jahr hat es eine Sozialhilferferentenkonferenz geben, bei der alle Landesräte der Länder anwesend gewesen sind und die haben einheitlich dafür gestimmt, dass es zu einem einheitlichen Sozialhilfegesetz auf der Bundesebene kommen soll. Und dementsprechend zu einer einheitlichen gesetzlichen Regelung auf der einen Seite, zu einheitlichen Sozialhilferichtsätzen auf der anderen Seite und natürlich zu einheitlichen Regelungen auf Bundesebene vom Regress. Es hat dann sobald der Minister Buchinger, Sozialdemokrat, am Werk war, unverzüglich die Installierung einer Arbeitsgruppe in diese Richtung gegeben. Diese Arbeitsgruppe, die hat schon zig-mal getagt und es ist alles am besten Wege, ein einheitliches Sozialhilfegesetz auf Bundesebene zu schaffen. Es hat Anfang April eine Landeshauptleutekonferenz gegeben und diese hat ebenfalls das Signal dafür gegeben, ein einheitliches Sozialhilfegesetz zu schaffen. Das heißt, deine Forderung, dass wir jetzt an den Landesgesetzgeber herantreten, das er das Gesetz ändert, ist überholt, da noch zu erwarten ist, dass im heurigen Jahr ein einheitliches Sozialhilfegesetz auf Bundesebene geschaffen wird. Dementsprechend stimmt die SPÖ der Dringlichkeit nicht zu (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Ich möchte mich meiner Vorrednerin da anschließen, was die Verhandlungen betrifft, die gerade im Gange sind. Die Sache mit dem Regress ist tatsächlich eine sehr problematische, die allerdings einmal jetzt auf Bundesebene auch gelöst gehört und man muss sich anschauen, was dort herauskommt. Es gibt mehrere Ansätze, die diskutiert werden. Wir haben selbst auch einen Vorschlag eingebracht als Grazer Volkspartei in die Diskussion auf Bundesebene mit dem Bürgergeld, das heißt, es gibt da mehrere Varianten, wobei gerade Grundsicherung und Bürgergeld natürlich ein besonderes Maß an Eigenverantwortung des Einzelnen wieder erfordern, was ja genau auch ein Problem ist, wenn man sagt, der Einzelne ist vielleicht gar nicht in der Lage, sein Leben so zu meistern, dass er dann diese Ansprüche, die an einen gestellt werden, tatsächlich erfüllen kann. Faktum ist, dass über die Auswirkungen insgesamt jetzt im Moment keine klaren Zahlen vorliegen, es ist auch klar, dass es österreichweit nicht einheitlich geregelt ist, was schlecht ist,

und wir hoffen, dass diese Verhandlungen auf Bundesebene bald abgeschlossen werden und letztlich zu einem Ergebnis führen, dass dieser Regress tatsächlich auch nicht mehr notwendig sein wird, aber nicht ausschließlich diese Kosten dann von Seiten der Städte und Gemeinden auch übernommen werden müssen. Deshalb wir werden der Dringlichkeit diesmal nicht folgen, weil wir es im Moment nicht für dringlich halten, halten aber das Thema für wichtig und werden über das Thema sicher heuer noch einmal ausführlich reden müssen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Also ich denke, die Situation ist dringlicher als dringlich, wenn, wie du sagst, ohnehin ganz intensiv schon gearbeitet wird daran, dann beweist das ja, wie dringlich das ist und dass Feuer am Dach ist, dass die Situation so nicht mehr weitergehen kann. Denn ich frage mich schon, was hat zum Beispiel Wien oder Oberösterreich oder Tirol, was haben die anders, weil die dort keinen Regress haben, wir in der Steiermark haben den Regress. Und dass es Bemühungen gibt für ein einheitliches Sozialhilfegesetz, heißt bitte noch lange nicht, dass hier auch der Regress abgeschafft wird, das heißt es überhaupt nicht (*Applaus KPÖ*). Insofern bist du mir die Antwort schuldig geblieben und es mag durchaus sein...

Zwischenruf GRin. Dr. Sprachmann: Wird ja auf Bundesebene geregelt.

GRin. **Binder**: Aber das heißt nicht bitte, dass der Regress hier hineinkommt beziehungsweise im Gegenteil herauskommt. Also es wird zwar ein einheitliches Gesetz angestrebt und das finde ich ausgezeichnet, das ist notwendig. Das finde ich auch gut, da seid ihr auch auf dem richtigen Weg. Dass manches an uns vorbeigeht, wir sitzen in keinem Arbeitskreis von euch, das ist nicht unbedingt jetzt ein Qualitätskriterium. Bei dir genauso, du sagst, man muss sich das einmal anschauen, ja aber wir wollen das nicht mehr anschauen, klar anschauen im Sinne von analysieren und das wirst du so gemeint haben und da gehe ich auch mit dir mit und

wahrscheinlich auch meine Mitantragsteller und –stellerinnen, aber ich würde schon meinen angesichts der wirklich prekären Situation, dass, und das wisst ihr ja auch, immer mehr Sozialhilfeansuchen auch hier in dieser Stadt Graz, zeigt ja, wie dünn die Decke geworden ist. Ich verstehe, ich habe ja eine andere Logik als ihr, sonst wären wir ja eh alle in einer Partei, darum verstehe ich nicht euren Rückzug jetzt, wo ihr sagt, ja nicht einmal dringlich ist das. Aber ihr werdet sicher noch einmal die Debatte in den Gemeinderat bringen, weil es euch dann als richtig erscheint, heute ist es nicht dringlich.

Zwischenruf GR. Rajakovics unverständlich.

GR. **Binder**: Und du meinst nicht, dass wir heute auch schon darüber reden, genau. Ich hoffe es wird sich irgendwann einmal ändern diese Haltung. Danke (*Applaus Grüne und KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Flüssiggasverladestation

GRin. **Rücker** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Rücker:** Die Flüssiggasverladestation, das ist jetzt, ich weiß nicht, das wievielte Mal, dass ich dazu dastehe. Aber auch eine scheinbar endlose Geschichte muss irgendwann einmal zu Ende gehen und nicht nur deshalb, weil es ganz viele andere ordentlich dringende Dinge zu erledigen gibt, sondern auch, weil die Fakten längst auf dem Tisch sind und keine zusätzlichen neuen Erkenntnisse zu erwarten sind. Was aber schon weiter gediehen war einmal hier herinnen und wieder ganz dringend notwendig ist, ist ein klarer politischer Wille, ein Projekt mit einem dermaßen hohen Gefährdungspotential nicht zuzulassen. Auch wenn die Rechtslage, das wissen wir ja alle, der eisenbahnrechtliche Bescheid ist ja eindeutig, da ist, sprechen alle Informationen und Fakten gegen die Umsetzung der Flüssiggasverladestation mitten im dicht besiedelten Gebiet. Es gibt eine Information, die uns vielleicht allen miteinander nicht so bewusst war, im Oktober letzten Jahres erst, eine Flächenwidmungsplanentscheidung getroffen haben zum Thema Hochhauszonen, zwar erst im Oktober 2006 und wer sich den Flächenwidmungsplan anschaut, sieht, dass eine der geplanten Hochhauszonen direkt angrenzend an die zukünftig hier zu installierende oder geplante Flüssiggasverladestation geplant ist. Also von dicht besiedeltem Gebiet zu noch dichter besiedeltem Gebiet ist eine interessante Entscheidung, die eigentlich noch einmal verstärkt die Notwendigkeit, diese Flüssiggasverladestation an dieser Stelle nicht umzusetzen. Ich werde jetzt die ganze Geschichte nicht wiederholen, die hier herinnen bekannt ist, eine detailgetreue Nacherzählung erspare ich uns und euch. Wir könnten schon ein Buch schreiben und es gibt ja auch viele engagierte Kollegen und Kolleginnen aus den anderen Fraktionen, die auf die Bezirksebene hier im Gemeinderat in verschiedenster Form darauf hingewiesen haben, was den Anrainern und Anrainerinnen vor Ort schon lange wichtig ist, nämlich gehört zu werden mit ihrer Sorge und Befürchtung und dass es nicht gelungen ist, bei aller Bemühung, die Restrisiken auszuräumen und diese Risiken sind als zu stark zu sehen, als das man das umsetzt. Wir haben auch hier herinnen schon, ziemlich genau vor einem Jahr, sehr deutliche Willensbekundungen gehabt, allen voran Stadtrat Miedl und Vizebürgermeister Ferik haben damals schon laut und deutlich gesagt, dass die Anlage zu unsicher ist und das Risiko zu groß ist. Die Geduld der Bewohner und Bewohnerinnen vor Ort ist inzwischen schon massiv strapaziert und es ist der Eindruck entstanden, vor allem in der letzten Sitzung, als wir ja auch dieses Thema hier hatten, dass diese Anlage jetzt als Schicksal hingenommen werden soll, das müssen wir in Graz als Schicksal über

uns ergehen lassen, so ist der Eindruck entstanden und diese Schicksalsergebenheit, die nicht nur in diesem Feld hier herinnen inzwischen Kennzeichen der Grazer Politik zu sein scheint, die ist so nicht hinnehmbar.

Aus diesem Grund stelle ich den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

heute und ersuche um eure Unterstützung, der Gemeinderat möge beschließen,

1. der Bürgermeister und der für den Katastrophenschutz zuständige Vizebürgermeister werden ersucht, umgehend und aktiv, von der Stadtseite aktiv, Gespräche mit der Geschäftsführung der ÖBB, nicht nur mit der technischen Abteilung, die für die Umsetzung hier in Graz vor Ort zuständig ist, sondern mit der Geschäftsführung in Wien und dem Infrastrukturminister aufzunehmen, um alle rechtlichen und auch notwendigerweise womöglichen finanziellen Notwendigkeiten für eine Absiedelung der bereits bewilligten Flüssiggasverladestation am Ostbahnhof zu verhandeln,
2. diese Verhandlungsergebnisse sind bis zur Sitzung im Juni 2007 hier herinnen dem Gemeinderat zur Beratung vorzulegen.

Ich ersuche um Annahme der Dringlichkeit und des Antrages.

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch ich stehe heute nicht zum ersten Mal anlässlich dieses leidigen Themas einer geplanten Gasumladestation am Grazer Ostbahnhof hier und wir haben uns in zahlreichen Wortmeldungen auch dazu bekannt als SP-Fraktion, dass wir hier die Ersten und nicht nur die Einzigen, weil ich weiß mich in guter Gesellschaft mit allen Fraktionen hier, dass wir hier diese Umladestation in dieser Wohngegend mitten in Graz nicht haben wollen und dazu stehen wir nach wie vor und wir nehmen dieses Thema und diese Sorgen, die berechtigten Sorgen, und gerade die Grazer Berufsfeuerwehr hat uns anhand und mittels entsprechender

Videofilme gezeigt, welche katastrophalen Auswirkungen ein entsprechender Unfall im Zusammenhang mit so einer Gasumladestation haben kann, vor Augen geführt. Wir alle sind schwer enttäuscht, das gebe ich hier auch zu und ich habe es auch vor einigen Wochen hier an diesem Rednerpult gesagt, ob der Haltung der ÖBB, die uns immer wieder hier versucht zu trösten, hinzuhalten und einfach hier versucht, Zeit zu gewinnen und auf der anderen Seite aber hier doch nicht locker lässt, so scheint es zumindest, hier gegebenenfalls unter auch Bedachtnahme von zusätzlichen Auflagen durch die Grazer Berufsfeuerwehr hier doch den Grazer Ostbahnhof nach wie vor an erster Stelle, was die Installierung so einer Anlage betrifft, zu sehen. Wir sind, und das möchte ich hier einfach noch einmal sehr deutlich wiederholen, gegen diese Installierung dieser Umladestation, wie wohl ich jetzt schon eines dazu sagen muss, Gespräche, aktive Gespräche, wie immer du sie, liebe Lisa, hier in deinem dringlichen Antrag genannt hast, die finden laufend statt. Es ist nicht so, und das möchte ich dadurch schon zum Ausdruck bringen, dass nicht hier der Eindruck erweckt wird, die Grünen sind jetzt urplötzlich draufgekommen und sie sind die Einzigen, die sich dieses Themas annehmen, sondern, und das wäre halt auch günstig einmal zu hinterfragen, was schon hier alles gelaufen ist und in welche Verhandlungen und in welche Gesprächsrunden wir eingetreten sind und ich darf hier in dem Zusammenhang nicht nur, und da gebe ich dir schon Recht, dass speziell auch der Stadtrat Miedl hier seinen fulminanten Kampf gegen diese Abfüll- oder Umladestation hier angekündigt hat oder ich erinnere auch natürlich an das Bekenntnis des Bürgermeisters Mag. Siegfried Nagl, der hier genauso auch gegen diese Errichtung dieser Anlage hier kämpft. Ich erinnere aber auch in diesem Zusammenhang auch daran, dass wirklich permanent hier versucht wird, nur ein dringlicher Antrag in Richtung weitere Gesprächsführung wird diese Umladestation nicht verhindern. Verhindern werden wir diese Umladestation und die Installierung dieser Umladestation wirklich nur dadurch können, dass wir Taten setzen und diese Taten werden letztendlich gesetzt und ich darf nur zwei Beispiele nennen, dass Herr Vizebürgermeister Walter Ferk sehr wohl bereits, was du heute gefordert hast, mit dem zuständigen Minister Faymann in Kontakt getreten ist. Natürlich die Problematik, die Sorgen der Grazerinnen und Grazer hier kundgetan hat, was das betrifft, das heißt, hier ist bereits ein Prozess in Gang gesetzt worden. Ich denke auch daran, dass der Herr Bürgermeister vergangener Tage uns erklärt hat im Rahmen eines Gespräches, es gibt weitere Gespräche unter anderem mit der

Interessensgemeinschaft, mit den Klubobmännern und dergleichen, um die weitere Vorgangsweise zu besprechen. Ich verwehre mich persönlich, und ich nehme an auch andere Kollegen in diesem Haus hier gegen so unterschwellige Angriffe in Form dieses dringlichen Antrages, dass hier noch nichts passiert sei, dass diese Gespräche nicht geführt werden und dass wir jetzt endlich aktiv herangehen sollen. Ich glaube, es gibt kaum einen außer mir, weil ich bin nicht nur jetzt Bezirksmandatar in Jakomini, sondern ich bin auch dort wohnhaft, der an diesem Thema und an der Lösung dieser Problematik und an dieser Aussiedelung, Umsiedelung Nicht-Inbetriebnahme dieser Umladestation interessierter ist als ich und aus diesem Grund noch einmal ganz klar. Es finden diese intensiven Gespräche statt, sie sind mühsam, sie sind schwer, weil hier, wie gesagt, die Mobilitätsbereitschaft, die man auch sich von ÖBBlern erwarten könnte, einfach in dieser Frage nicht jene ist, die wir uns vorstellen. Diese Gespräche, die Aktivitäten sind in Gang gesetzt worden, es gibt leider, und da gebe ich dir Recht und wir warten schon sehr lange darauf, es gibt noch kein befriedigendes Ergebnis und es gibt noch vor allem keine Entwarnung, sondern eher Signale, dass wir hier mit Volldampf dahinter sein müssen, dass wir dies verhindern. Aber, und das noch einmal, wir wären eher interessiert, wenn uns die Grünen da oder dort unter Umständen auch insofern behilflich wären, dass sie Gründe rechtlicher Natur, welcher Natur immer, finden würden, die uns helfen würden, dieses Projekt zu verhindern, ein dringlicher Antrag, der letztendlich nur zum Inhalt hat, Gespräche zu führen, die sowieso stattfinden, führen sicherlich nicht zu einem Ergebnis, das für die Grazerinnen und Grazer positiv ist. In diesem Sinne ja zur Nichtinstallierung dieser Umladestation, ein klares Ja zu weiteren Gesprächen, die geführt werden müssen, die aber bereits in Angriff genommen wurden, aber in diesem Sinn ein Nein zur Dringlichkeit (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Antragstellerin! Ich kann, glaube ich, nahtlos an das anschließen, was der Kollege Eichberger hier über die Vorgangsweise hinsichtlich der Flüssiggasstation hier präsentiert hat. Wir haben uns wirklich, auch von unserer Seite, immer wieder sehr massiv bei den diversen Veranstaltungen auf Bezirksebene, aber auch in den Gesprächen mit allen Klubs hier im Gemeinderat

auseinandergesetzt mit dieser Flüssiggasstation. Ich darf auch namens unserer Fraktion ganz eindeutig feststellen und festhalten, dass auch wir davon abraten und davon tatsächlich hier abraten werden und alle möglichen Schritte in die Richtung vortreiben, dass diese Flüssiggasstation an diesem Ort nicht stattfindet. Ich glaube, es ist durchaus legitim, hier die Verhandlungen, die bereits angeschnitten wurden, weiter zu führen und ich weiß, dass also nächste Woche am Mittwoch mir bekannt ist, gemeinsam auf Stadtebene mit allen zuständigen Stadträten, aber auch mit der Bezirksvorstehung insbesondere und mit der Bürgerinitiative, die sich ja mittlerweile dort auch gebildet hat, unter Einbindung auch der Feuerwehr die entsprechenden Gespräche geführt werden und ich bin eigentlich optimistisch, sage ich, dass es hier doch zu einer Lösung kommt, dass diese Flüssiggasstation, und das ist schon mehrmals betont worden, an diesem Standort nicht stattfindet. Also auch von unserer Seite ein Nein zur Dringlichkeit, weil alle Maßnahmen, die uns rechtlich auch möglich sind und politisch möglich sind, bereits gesetzt wurden (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker:** Ich erinnere mich sehr gut an die letzte Gemeinderatssitzung, die ist nämlich nicht so lange her, wie diese Geschichte schon dauert, in der letzten Gemeinderatssitzung habe ich mich, kann ich mich erinnern, an genau meine beiden Vorredner, die da schon ganz resigniert gestanden sind und gesagt haben, wir werden diese Kröte womöglich schlucken müssen. Und ich erinnere mich auch an den Bürgermeister, der letztes Mal hier gesagt hat, alles zurück an den Start, wir werden halt noch einmal die Bevölkerung davon überzeugen müssen, dass das alles sicherer ist als wir glauben. Das war der Stand von der letzten Gemeinderatssitzung, inzwischen ist auch nachgefragt worden von uns in den ÖBB auf Bundesebene, da hat es bis vor kurzer Zeit keinerlei Versuche gegeben von der Stadt, Kontakt aufzunehmen. Das heißt, aus unserer Sicht und aus unserer Erfahrung hat letztes Mal ein mehr oder weniger Abwinken gegeben und so, wir müssen uns womöglich damit auseinandersetzen, dass die Flüssiggasverladestation kommt. Und das war auch der Anlass, hier noch einmal Druck erzeugen zu wollen und wir haben nie behauptet, dass die Flüssiggasverladestation nur unser Thema gewesen wäre. Das habe ich ganz klar gesagt, das habe ich auch immer gesagt, dass wir da alle gemeinsam vehement auf verschiedenen Ebenen uns massiv eingesetzt haben, das

würde mir auch nie einfallen, weil das ja nicht sinnvoll ist. Was mich interessieren würde, wenn Gespräche geführt wurden, wenn es mit dem Faymann ein Gespräch gegeben hat, wo sind die Ergebnisse, ich würde die gerne da herinnen hören, ich weiß, dass ich jetzt beim Schlusswort bin und jetzt keine Antwort kriege, aber vielleicht geht das doch noch in irgendeiner Form und welche Taten, statt darüber zu reden, welche finanziellen, das steht so im Antrag, bitte lest meinen Antragstext genauer durch und welche rechtlichen Notwendigkeiten zu klären sind und deswegen auch die Einschaltung des Ministeriums. Das ist eine Tat, was wollt ihr als Taten beschreiben, die darüber hinausgehen, die noch möglich wären, wenn ihr da Ideen habt, dann tut es bitte. Danke für die Nichtzustimmung (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, erlauben Sie mir, wir sitzen nächste Woche wieder zusammen, es wird auf Landes- und auf Stadtebene, wo wohl politisch als auch von unseren Bediensteten in die Richtung gearbeitet, die Sie da hineingeschrieben haben. Wenn uns die ÖBB sagen, sie wollen es unbedingt und eine Absiedlung kommt aus finanziellen Gründen nicht in Frage, dann tun wir uns schwer, da weiter finanziell zu verhandeln. Dann komme ich auf den Rechtspunkt und beim Rechtsbereich hat sich einiges getan und das wollen wir, deswegen habe ich auch eingeladen alle VertreterInnen aller Klubs, dass auch jeder einmal dazukommt und sich wieder anhört, welchen Verfahrensstand wir haben. Es schaut nicht so schlecht aus, dass wir unser gemeinsames Ziel, ich betone das noch einmal, auch erreichen, aber da braucht man, sage ich jetzt einmal, viel Know-how, viel Geduld und nächste Woche wird uns der Herr Magistratsdirektor und unsere Damen und Herren aus der Verwaltung auch erzählen, wie der derzeitige Stand im Verfahren ist, weil das ist der größte Hebel, den wir haben. Also zuerst kommt es einmal auf das Verfahren an, wenn das schon einmal positiv durch ist, wird es ganz schwer, aber vom finanziellen Aspekt hergab es bisher mit den ÖBB keine Ausweichmöglichkeit. Das eine ist Gleisdorf, wo Flüssiggas verladen wird, dazwischen gibt es nichts und Werndorf ist ebenso auf privatem Gelände, also ganz einfach wird das nicht. Also noch einmal, es wird daran gearbeitet und deswegen glaube ich auch persönlich, dass der dringliche Antrag das wiederum unterstreicht,

dass es Ihnen wichtig ist, aber wenn wir daran arbeiten, noch einmal zu betonen, ist, glaube ich, nicht Muss. In diesem Sinne bitte ich jetzt um die Abstimmung.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Konsumationsfreies Sitzen

GRin. **Rücker** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Rücker**: Wie wir vor kurzen entnehmen konnten der Zeitung, wird ja jetzt demnächst der wunderschöne Gastgarten des Cafe Sacher vor unserem Haus eröffnet werden. Uns war leider nicht möglich, an dieser Entscheidungsfindung teilzunehmen, weil wir nicht im Stadtsenat sitzen, wir haben aber unsere Bedenken, wie viele andere Menschen auch, angemeldet. Aber es ist so beschlossen und es wird so kommen. Aber dieser Beschluss trägt dazu bei, dass der Hauptplatz noch stärker von einem freien Stadtraum zu einem beschränkten Aufenthaltsbereich für zahlende Menschen wird. Diese Entwicklung ist in der ganzen Innenstadt zu beobachten. Es mag schon sein, dass die Menschen gerne ins Kaffeehaus gehen, das tue ich auch hie und da ganz gerne, gerade wenn es so schön ist, zum Heraußensitzen. Aber das ist erstens nicht etwas, wozu ich gezwungen werden will und auch andere nicht, möglich für jede Frau und jeden Mann, weil man es sich einfach nicht leisten kann. Es gibt sehr viele Schanigärten in dieser Stadt, wir wissen, dass wir eine der höchsten Dichten haben für Schanigartenplätze pro Bewohner/Bewohnerin. Aber eine Stadt hat auch eine andere Funktion als Konsumraum zu sein. Sie ist auch ein Lebensraum, der nicht immer dem Diktat der Geldtasche untergeordnet werden darf und diese Lebensform, immer nach der

Geldtasche sich sozusagen diktieren zu lassen, wo ich mich jetzt aufhalten kann, ist eben nicht für jede Frau oder jeden Mann leistbar. Darüber hinaus zeigt sich eine Bewohnbarkeit von einer Stadt in ihren Möglichkeiten, sich frei und ohne Zwang zu bewegen, aber eben auch zu verweilen, auszurasen, sich zu treffen, sich zu unterhalten. Und wir sollten uns klar werden, dass wir in einer Zeit leben, in der in dieser Stadt in Zukunft sich zunehmend mehr alte, gebrechliche Menschen bewegen werden. Wir reden immer gern von der Stadt der kurzen Wege, wir werden eine Stadt mit einer anderen Ausstattung brauchen, wenn die kurzen Wege nämlich auch bedeuten, dass ich mich als alte Frau auf dem Weg vom Jakominiplatz zum Hauptplatz womöglich mal ausrasten will und nicht nur auf dieser Strecke. Die zwei läppischen Bänke, die auf dem Hauptplatz gestanden sind, waren natürlich heiß umkämpft, weil es nur zwei waren, das ist eine Frage der Quantität, das Sitzen, und nicht nur eine Frage der Qualität und die werden jetzt dem Gastgarten weichen und dann gibt es natürlich einige, die damit glauben, auch das Hauptplatzproblem, das wirklich eines ist, das sagen wir als Grüne auch ganz klar, das Problem Hauptplatz ist ein Problem, wird aber damit auch nicht gelöst werden, das wird man vielleicht erwarten, wird sich aber nicht so leicht lösen lassen mit dem Beseitigen von öffentlichem Sitzraum. In Wahrheit zeigt es eher mehr, wohin die Reise geht und das ist eigentlich das Armutszeugnis in einer Stadt, die sich touristisch nämlich relativ gut entwickelt, die nicht nur für die Bewohner und Bewohnerinnen ein attraktiver Raum zum Verweilen und Aufhalten sein sollte, sondern das Sitzen wäre vielleicht auch für die eine oder andere Touristin oder Touristen durchaus interessant und wäre eigentlich ein guter Beitrag zu einem guten und gelungenen Stadtmarketing und eigentlich eine günstige Form, eine gute Stadtmarketingstrategie, günstiger als womöglich so manche anderen Versuche.

Es ist jetzt höchste Zeit für ausreichende, nämlich in der Quantität auch ausreichende, und damit weniger umkämpfte Sitzgelegenheiten an öffentlichen Orten zu sorgen. Zentral ergibt sich natürlich der Bereich der Herrengasse, aber auch an vielen anderen Orten wie dem Südtirolerplatz, auf dem Tummelplatz, in der oberen Neutorgasse, Mariahilferplatz etc. Man könnte da viele Orte finden, wo jetzt Sitzen und Verweilen nur möglich ist, wenn man konsumiert oder gar nicht, und nachdem ich ja heute gesehen habe, dass das Geld offensichtlich nicht ganz so ein drastisches Problem ist für so Projekte, die eigentlich überschaubar sein würden,

kann ich nicht mehr glauben, dass wir für gar nichts Geld haben in dieser Stadt. Wir haben auch viele Projekte in der letzten Zeit thematisiert, wo wir uns durchaus gefragt haben, ob die jetzt die dringlichsten sind und aus dem Grund stelle ich jetzt namens der Grünen den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

Erstens: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, die Möglichkeiten für ein großzügig angelegtes Projekt zur Erstellung einer kreativen und die Stadt aufwertenden Stadtmöblierung - insbesondere entlang der Herrengasse - zu prüfen, das wäre ja interessant, Künstlerinnen, Künstler, aber auch Handwerk und HandwerkerInnen aus der Stadt einzumieten in so ein Projekt, das wäre der zweite Punkt, dass man eben versucht in dieser Entwicklung Leute einzubinden, die einen kreativen Zugang haben und auch in dieser Stadt leben und drittens, die Ergebnisse aus erstens und zweitens dem Gemeinderat noch vor der Sommerpause zur Beratung vorzulegen. Ich ersuche um Annahme noch einmal.

GRin. **Edlinger** zur Dringlichkeit: Werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Lisa! Meine Fraktion wird sowohl der Dringlichkeit als auch dem Antragstext selbst zustimmen, obwohl wir sicherlich, was den Motivenbericht anlangt, in manchen Punkten einfach eine andere Einschätzung haben, eine andere Herangehensweise. Wir haben diskutiert auch im Zusammenhang mit deinem Antrag wieder, für uns sind es keine Widersprüche, sondern sind zwei Bereiche, die man nicht unbedingt gegeneinander ausspielen sollte, für uns gehört zum Thema Lebensqualität in Graz beides dazu, einerseits Schanigärten zu haben, aber auch die Möglichkeiten den öffentlichen Raum ohne Konsumzwang zu nützen, dort verweilen zu können, sich dort hinsetzen zu können, ausrasten zu können. Uns ist die Situation bekannt, dass wir momentan hier ein Manko haben, zum Beispiel ältere Menschen, die in der Stadt unterwegs sind und einfach zwischendurch sich hinsetzen wollen, Eltern mit Kindern, aber einfach auch Besucher/Besucherinnen der Stadt, die die Stadt und ihr Flair einfach auf sich wirken lassen wollen. Wir stimmen dem Antrag auch gerne deswegen zu, weil uns

der Zugang, dass man hier auch durchaus nach kreativen Ideen, nach kreativen Lösung und Vorschlägen suchen soll, gut gefällt. Da gibt es viele Beispiele. Wer das Museumsquartier und den Innenhof dort kennt, weiß, was das einfach für ein toller Kommunikationsraum ist durch die dort bestehenden Sitzmöglichkeiten, Museumsquartier in Wien. Wir denken, wenn man hier kreative Ideen zulässt und auch versucht, Grazer Künstler/Künstlerinnen einzubeziehen, wir auch die Thematik der Frage beispielbare Stadt in diesem Zusammenhang wieder auf die Tagesordnung setzen können, was Stadtgestaltung anlangt. Insofern Zustimmung zur Dringlichkeit und zum Antragstext (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, Elke Edlinger! Mich wundert das aber jetzt sehr, auf der einen Seite stimmt ihr dem Antrag vom Bernd Schönegger, der zugegebenermaßen eine Zusammenfassung von ortspolizeilichen Maßnahmen fordert, nicht zu, weil das ein Vorgriff auf ein Stück sei, auf der anderen Seite stimmt ihr zu, wenn neue Bankkategorien in Graz aufgestellt werden, nämlich solche, auf denen Konsumationen verboten sind. Konsumationsfreies Sitzen bitte, ich möchte meine Billa- oder Sparjause gemütlich auf einer Bank konsumieren dürfen (*Applaus ÖVP*) und, liebe Lisa Rücker, das dir noch bevorstehende Schlusswort zur Dringlichkeit ersuche ich dich zu einer eindeutigen Klarstellung zu nützen, ich bitte dich darum. Sollte dir dies gelingen, woran ich ja nicht zweifle, werde ich auch meine Fraktion überreden können, der Dringlichkeit zunächst zuzustimmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bergmann**: Liebe Lisa! Ich bin sehr froh, dass du diesen Antrag eingebracht hast, es ist mir schon seit vielen Jahren auch ein Bedürfnis, das einmal hier vorzubringen, und zwar konsumationsfreies Sitzen ist leider bei uns in der Stadt wirklich kaum mehr möglich. Ich habe das damals als Geschäftsführerin von Kinderland Steiermark mir immer wieder gedacht, es geht aber hier nicht nur um konsumationsfreies Sitzen, sondern unsere Plätze in der Stadt gehören auch beispielbar gemacht. Wenn man heute mit Kindern unterwegs ist in der Innenstadt, ob

jetzt zum Einkaufen oder zu sonstigen Dingen, ist das wirklich ein Spießrutenlauf, man kann sich mit Kindern nirgends irgendwohin setzen oder ausrasten und ich muss sagen, mir tut das sehr leid, dass die sogenannten Murnockerln in den Augarten mussten und nicht am Südtirolerplatz verbleiben konnten, weil das war eine Genugtuung zu sehen, wie die Kinder die wirklich toll angenommen haben. Also das waren jetzt einfach so meine persönlichen Eindrücke auch, aber wir werden als Fraktion natürlich die Dringlichkeit und deinen Antrag unterstützen (*Applaus KPÖ*)

GRin. **Rücker**: Eine Entscheidungshilfe für die ÖVP. Also Konsumationsverbot war nicht das Thema und Schanigartenverbot war auch nicht das Thema, weil du gesagt hast, ausspielen gegeneinander, natürlich ist das ein Nebeneinander, das sein muss und ich tue auch gerne meine Jause auf dem Bankerl essen und ich bin auch gerne auf den Murnockerln herumgekraxelt und finde das wunderschön, wenn das die Kinder machen können. Das heißt, es ist klar, konsumationszwangfrei, ich muss mich hinsetzen können, ohne was bestellen zu müssen, aber meine Jause oder was immer möchte ich dort genießen, oder mein Eis, also bitte, das war aber eh klar, Herr Kollege.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wir probieren das gemeinsam aus.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Potzinger** zum Antrag: Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, liebe Antragstellerin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte namens der ÖVP-Fraktion auch noch einen Zusatzantrag einbringen, um zu dokumentieren, dass uns dieses Anliegen sehr wohl wichtig ist. Liebe Lisa Rücker, du hast gemeint, die Stadt ist nicht nur Konsumraum, sondern auch Lebensraum, das ist der Punkt.

Lebensqualität ist uns ein großes Anliegen, wie der Bernd Schönegger schon mit seinem dringlichen Antrag zum Ausdruck gebracht hat, die saubere Stadt ist uns genauso wichtig wie die gastfreundliche Stadt, was nicht immer bedeuten muss, dass man deshalb auch Geld ausgibt. Du hast einige Anregungen in deinem dringlichen Antrag, wir wollen in unserem Zusatzantrag noch einen konkreten Vorschlag machen, wie man sehr rasch als Sofortmaßnahme beitragen kann, dass Jung und Alt eine kleine Erholungspause einlegen kann, ohne Geld ausgeben zu müssen. Es geht nicht nur um die Hochbetagten, die immer mehr werden in dieser Stadt, es ist schön, dass die Menschen immer älter werden, sondern ich hoffe, dass es in Zukunft auch wieder mehr junge Familien mit Kindern gibt, kleine Kinderfüße brauchen unterwegs auch eine Rast und wenn man beim Eisprinzen ein Schleckeis kauft, will man sich vielleicht auch mit den Kindern hinsetzen, dass die das konsumieren können. Deshalb stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion folgenden Zusatzantrag: Der Gemeinderat möge beschließen: Dass die zuständigen Stellen beauftragt werden, möglichst rasch aus dem Bestand der Stadt Graz, insbesondere in der Herrengasse, bereits vorhandene, wir haben ja so schöne historische Bänke, aufzustellen, die unsere Bevölkerung und die Gäste unserer Stadt zum Verweilen einladen. Ich bitte um Annahme auch dieses Zusatzantrages im Interesse der BewohnerInnen und der Gäste unserer wunderschönen Stadt. Danke.

GRin. **Edlinger**: Liebe Kollegin Sissi Potzinger, wir verstehen deinen Zusatzantrag so, dass es eine Sofortmaßnahme sein soll, auch als Überbrückung derzeit, bis wir vielleicht neue kreative Ideen auch haben, welche Sitzmöglichkeiten unser Stadtbild verschönern können, insofern werden wir deinem Zusatzantrag zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schmalhardt**: Auch unsere Fraktion und ich werden diesem Zusatzantrag zustimmen und ich freue mich, auf Grund meines fortgeschrittenen Alters sitze ich auch schon ab und zu ganz gern mit einem Apfel in der Hand (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vor allem hast die Möglichkeit von Hanf-Shop zu Hanf-Shop auszurasten.

GRin. **Rücker**: Mir ist noch eingefallen, was man auf Bankerln machen kann, ganz romantische Dinge und wenn man über mehr Kinder reden, wäre das vielleicht eine Anregung, also von dem her, müssen wir nicht nur essen.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Aber nicht am Hauptplatz am Bankerl.

GRin. **Rücker**: Aber die romantische Seite kann man auch betonen, durch das Aufstellen von gut sitzbaren Möglichkeiten. Der Hermann hat mich darauf hingewiesen, der hat das Glück gehabt, bei der Biennale zu sein, dort war eine Riesenausstellung über Möglichkeiten, wie man im öffentlichen Raum künstlerisch gut und vielfältig sitzen kann, also vielleicht gibt es da auch Anregungen. Ich möchte aber auch klar sagen, die Idee mit dem Sitzen in der Stadt ist ja nicht neu erfunden und schon gar nicht von uns neu erfunden. Sigi Binder hat schon vor einiger Zeit einen ähnlichen Antrag eingebracht, jetzt wäre es halt sinnvoll, wenn es auch umgesetzt wird und danke für die breite Zustimmung und wir werden uns auf diversen Bänken treffen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde einstimmig angenommen.